:antifaschistische nachrichten

Nr. 23

g 3336 17.11.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Noch kein Bescheid

Nürnberg. Eine Entscheidung des Oberlandesgerichts in Nürnberg über den Revisionsantrag des Holocaust-Leugners Bischof Richard Williamson steht weiter aus. Die Staatsanwaltschaft erarbeitet zurzeit eine Stellungnahme zu dem 60 Seiten umfassenden Revisionsantrag. Erst wenn diese vorliege, könne sich das Oberlandesgericht damit befassen. Dies könne noch einige Wochen dauern, so der Anwalt des Bischofs der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ *hma* ■

Occupy-Bewegung im Visier

Stuttgart/Köln. Extrem rechte Gruppierungen versuchen zunehmend Einfluss auf die sich auch in Deutschland verbreitende Occupy-Bewegung zu nehmen. Neben Anhängern der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“, des Sozialdarwinisten Silvio Gesell und der sogenannten „Reichsbürger“ versucht sich auch die neoliberale Kleinpartei „Partei der Vernunft“ (PdV) über diese Protestbewegung zu etablieren. Ihr Bundesvorsitzender, Oliver Janich, gehört zu den Autoren von Jürgen Elsässers Zeitschrift „Compact“ und zählte auch zu dem Kreis, der jüngst die November-Ausgabe der „Compact“ öffentlich präsentierte.

Dort saß er neben dem „Junge Freiheit“-Autor Karl Feldmeyer (früher „FAZ“) und Bastian Menningen von „Occupy Berlin“. In Stuttgart gehört die PdV einem „Aktionsbündnis Direkte Demokratie“ an, das u.a. auch von „Zivile Koalition“ und einer „Stiftung Deutsche Volksgewerkschaft“ unterstützt wird. In ihrem „Stuttgarter Manifest“ wenden sie sich gegen eine „EU- und EURO-Diktatur“ und setzen vor allem auf direkte Demokratie. Einem Demoaufruf des „Aktionsbündnisses“ gegen den „Euro-Rettungswahnsinn“ folgten am 5. November in Stuttgart etwa 160 Menschen. *hma* ■

Aus dem Inhalt:



In der Nacht zum 9. November wurde zum wiederholten Male ein Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Berlin-Neukölln verübt. Im Dezember sollte es wieder eröffnet werden.

„Trio infernale“? „Höllen-quartett“?

Eine Terrorzelle und eine Geschichte, die noch ganz am Anfang ist

„Wir müssen jetzt trocknen, katalogisieren und auswerten. In dieser Reihenfolge. Und das kann dauern“, erklärte der südwestsächsische Polizeipräsident Jürgen Georgie in der Pressekonferenz am 9. November in Zwickau. „Rechtsextremistisches Propagandamaterial“ sei noch nicht gefunden worden. „Aber das kann sich sekündlich ändern.“ Die Ereignisse überschlugen sich danach. Zwar nicht sekündlich, doch mit einer Rasanz, die die Ticker der Agenturen zum Glühen brachte. Mehr als eine Woche nach der Pressekonferenz, die von zwei Fernsehsendern live übertragen wurde, gibt es noch immer wesentlich mehr Fragen, Ungereimtheiten, Merkwürdigkeiten und nicht zuletzt Skandale als durch Fakten untermauerte Erkenntnisse. Sicher ist bisher nur eines: Wäre irgendein Drehbuchautor in Hollywood auf die Idee gekommen, mit einem solchen Plot zu einer Produktionsfirma zu gehen, dann wäre er zum Teufel gejagt worden und hätte nie mehr einen Auftrag bekommen, weil das Manuskript unglaublich unglaubhaft sei.

Doch die Geschichte, die als simpler Bankraub mit anschließendem Doppelselbstmord der Täter begonnen hatte, droht inzwischen sich zu einem handfesten Geheimdienstskandal mit Auswirkungen in mehreren Bundesländern zu entwickeln. Es ist eine lange Geschichte, deren Ursprünge im Thüringen der neunziger Jahre liegen.

1994, die Neonaziszene in Thüringen war in etliche Kameradschaften zersplittert, die bestenfalls bei Aktionen kooperierten, der Landesverband der NPD mit knapp 50 Mitgliedern unter dem importierten Landesvorsitzenden Frank Golkowski faktisch nicht existent, entstand die erste Struktur der Neonazis in diesem Bundesland von Bedeutung. 1994 wechselte der Ministerialrat Dr. Helmut Roewer aus dem Bundesinnenministerium nach Erfurt und übernahm dort die Leitung des Landesamtes für Verfassungsschutz. 1994 macht ein gewisser Tino Brandt als Organisator von Nazikonzerten in Ostthüringen von sich reden.

Einige Jahre später weiß man, dass Brandt seit 1994 als V-Mann des Verfassungsschutzes gearbeitet hatte. Einige Jahre später weiß man auch, dass die Amtsführung von Helmut Roewer im Verfassungsschutz bestenfalls als skurril bezeichnet werden konnte. Und einige Jahre später weiß man sehr genau, dass unmittelbar nach Amtsantritt Roewers die Zer-

weiter Seite 3

Naziaufmarsch in Münster?

Münster. „Nationale Sozialisten“, so das extrem rechte Internetportal „Altermedia Deutschland“, wollen am 3.März 2012 unter dem Motto „Freiheit + Selbstbestimmung = Zukunft“ in Münster demonstrieren. Auf ihrer Mobilisierungswebseite bezeichnen sich die Organisatoren als eine „Gruppe jugendlicher Deutscher aus Münster und Umgebung“, die „weder eine Partei noch eine Kameradschaft“ sein wollen. Gemeinsam wolle man den „Kampf gegen das System“ angehen und ein „nationales und sozialistisches Deutschland“ erkämpfen. *hma* ■

„Forum Freiheit“ in Berlin

Berlin. Das „Forum Freiheit“, ein rechtsliberaler Think-Tank, tagt am 16. November in Berlin. Die Veranstaltung unter dem Motto „Welches Europa wollen wir?“ findet in Kooperation mit den Liberalen Instituten in Potsdam und Zürich, dem Hayek-Institut in Wien, der „Zivilen Koalition“, der Zeitschrift „eigentümlich frei“ u.a.m. statt. Zu den in “Dehlers Restaurant” erwarteten Referenten und Diskussionspartnern gehören u.a. der ehemalige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, Arnulf Baring und Vera Lengsfeld. Die Begrüßung der Teilnehmer erfolgt durch Prof. Dr. Gerd Habermann, Vorsitzender der Friedrich A. von Hayek-Stiftung, und Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Vorsitzender des „Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte“. Ein ausgewählter Kreis findet sich nach Ende der Veranstaltung noch zu einem gemeinsamen Dinner „mit Tischreden“ ein, zu der die „New Direction Foundation“ gesondert einlädt. *hma* ■

Klaus Petri verstorben

Lippstadt. Im Alter von 78 Jahren verstarb Mitte Oktober der Anwalt und Notar Klaus Petri. Petri, der von der CDU zu den sog. „Republikanern“ übergetreten war, kandidierte 2005 als inzwischen Parteiloser auf der Liste der NPD zu den Bundestagswahlen. In Lippstadt war Petri Vorsitzender – zuletzt Ehrenvorsitzender - des größten Sportvereins im Ort, dem „Teutonia Lippstadt 08“. *hma* ■

Erneuter Brandanschlag auf das Anton Schmaus-Haus

Berlin. Am frühen Morgen des 9. November 2011, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, wurde zum wiederholten Male ein Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Neuköllner Falken verübt. Bereits in der Nacht zum 27. Juni des Jahres haben Rechtsextremisten das Haus, in dem nur einen Tag zuvor eine Kindergruppe übernachtete, in Brand gesteckt und dabei erheblichen Sachschaden verursacht.

Das Haus sollte am 4. Dezember wiedereröffnet werden. Die Arbeiten zur Instandsetzung waren noch in vollem Gange. Der Schaden ist erneut erheblich und macht die Nutzung nun für längere Zeit unmöglich.

Karsten Thiemann, Vorsitzender der SJD – Die Falken Neukölln, erklärte hierzu: „Wir sind entsetzt über die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Rechtsextremisten und über die offensichtliche Hilflosigkeit der Politik. Um demokratische Kinder- und Jugendarbeit zu verhindern, scheuen die Verbrecher nicht davor zurück, Menschenleben zu riskieren, im Gegenteil: Sie nehmen Verletzung und Tod bewusst in Kauf. Nichts aber auch gar nichts unterscheidet die Neo-Nazis von heute von den Brandstiftern des 9. November 1938.“ Die SPD und CDU forderte er nachdrücklich auf, in den Berliner Koalitionsverhandlungen konkrete Schritte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Stärkung demokratischer Jugendarbeit zu beschließen. Dazu brauche es mehr, als nur Lippenbekenntnisse.

„Wir werden unsere Arbeit für die Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft nicht aufgeben.“ so Thiemann weiter. „Diese Arbeit wird weiterhin gewaltfrei bleiben, aber wir brauchen endlich klare Signale und Maßnahmen der Politik, die beweisen, dass der Staat nicht länger bereit ist, den Nazi-Terror hinzunehmen.“ *SJD – DIE Falken, Kreisverband Berlin-Neukölln* ■

www.falken-berlin.de/show/4668556.html

Gedenken in Kassel

In Kassel wurde am 7. November öffentlich des 73. Jahrestages der Judenpogrome gedacht. In Erinnerung an den 73. Jahrestag der Synagogen-Brandstiftung am 7. November 1938 hatten die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN - BdA) und das Kasseler Friedensforum zu einen Gedenkgang eingeladen. Zeitweilig beteiligten sich fünfzig an dem Rundgang vom Aschrott-Brunnen am Kasseler Rathaus bis zur Deportationssammelstelle in der Schillerstraße.

Den Auftakt bildete an der „offenen Wunde“ der Kasseler Stadtgeschichte (Horst Hoheisel) eine kurze Lesung aus den Erinnerungen von Willy Katz über seine Verhaftung im November 1938. An der Gedenktafel am Standort der ehemaligen Bürgersäle wurde an den Rechtsanwalt Dr. Max Plauth erinnert, dem ersten Opfer des antisemitischen Terrors in Kassel. Vor dem Spohr-Denkmal am Opernplatz erfuhren die Teilnehmenden,



wie die NSDAP systematisch den Boykottaktionstag am 1. April 1933 organisierten.

Der Gedenkgang führte anschließend durch die Innenstadt zur Bremer Straße, dem Platz der ehemaligen Synagoge. Damit erinnerten die Teilnehmenden „vor den Augen dieser Stadt“ an die Verbrechen vor 73 Jahren. An der Synagoge wurde der Bericht der Stapostelle Kassel zum 7. November 1938 vorgelesen und historisch eingeordnet. Mit einer Schweigeminute gedachte man der Opfer des rassistischen Terrors. Den Abschluss bildete eine kurze Kundgebung am Platz der Deportationssammelstelle in der Schillerstraße. Mit historischen Informationen über die Transporte und Gedichten von Günter Weisenborn und Mascha Kaleko wurde die Veranstaltung geschlossen.

Die historischen Informationen wurden immer wieder mit dem Appell verbunden, die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen und das Gedenken der Opfer als Verpflichtung zu verstehen, nie wieder Antisemitismus und Faschismus zuzulassen und heute aktiv zu werden gegen Rechtspopulismus und Rassismus.

http://www.kassel.vvn-bda.de ■

Antifa-Demo am 10.12.11

Greifswald. Auch nach dem dem Wiedereinzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns schläft die linke Bewegung nicht. In Greifswald hat sich eine neue antifaschistische Gruppe gegründet, die den neonazistischen Umtrieben in der Hansestadt entgegentreten will. Im letzten Jahr gab es in der Stadt vermehrt Angriffe auf nicht-rechte Menschen, sowie Brandanschläge und Sachbeschädigungen auf alternative Wohnprojekte und Lokalitäten. Deshalb wird eine Antifa-Demo am 10. Dezember unter dem Motto »Zieht euch warm an« die örtlichen Neonazi-Strukturen thematisiert werden.

Antifa-Demo: Samstag | 10.12.2011
13 Uhr | Südbahnhof Greifswald

www.antifa.de/cms/content/view/1771/32/ ■

Fortsetzung von Seite 1: »Trio infernale«

splitterung der Neonazi-Szene durch die Gründung des Thüringer Heimatschutzes (THS) geendet hatte. Der harte Kern dieser Gruppe zählte bald rund 150 Personen. Darunter war auch eine starke Gruppe in Jena. Und man wusste einige Jahre später ebenso, dass die Führungskader des THS fast ausnahmslos Karriere in der NPD gemacht hatten. So brachte es Tino Brandt gar zum stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Einige Jahre später, genauer: 2001, wusste man aber vor allem, dass ein Plan fürchterlich in die Hose gegangen war. Das Verbotsverfahren gegen die NPD war genau wegen solcher V-Leute wie Brandt gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht hatte ihr „mangelnde Staatsferne" attestiert. Es war also nicht mehr zu unterscheiden, was von ihren Handlungen oder Positionen auf die NPD selbst oder auf V-Leute des Verfassungsschutzes zurückzuführen war. 2001 war Helmut Roewer bereits nicht mehr Präsident des Landesamtes. Die zahlreichen von ihm verursachten Skandale wären möglicherweise noch hingenommen worden, nicht aber der Verdacht, er habe möglicherweise in die eigene Tasche gewirtschaftet. Das anschließende Verfahren überstand er unbeschadet – wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit. 2001 hatte der THS seine zentrale Rolle in Thüringen bereits abgegeben. Sie war von der NPD übernommen worden.

2001 lebten Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos bereits nicht mehr in Thüringen. Jedenfalls nicht legal. Nach dem Fund mehrerer Rohrbomben, mehreren Briefbombenattrappen an Zeitungen und einem vor dem Jenaer Theater deponierten Bombenkoffer 1998 sowie einer Razzia bei ihnen in Zusammenhang damit waren sie abgetaucht. Spurlos verschwunden. Sie blieben es auch. Fast vierzehn Jahre lang. Die drei zur Führungsebene der Kameradschaft Jena im THS zählenden Personen tauchten erst im November 2011 wieder auf. Die beiden Männer, so die offizielle Version, steckten nach einem Bankraub in Eisenach erst ihr Wohnmobil in Brand und erschossen sich dann selbst, die Frau steckte im sächsischen Zwickau die Wohnung in Brand, in der das Trio bis dahin gemeinsam gelebt hatte.

Kurz danach tauchte ein Video auf, versandt an mehrere Parteibüros der nicht mehr existenten PDS, die teilweise gar nicht mehr unter dieser Adresse bestanden. Insider schließen daraus – ebenso wie aus dem Inhalt -, dass die Filme seit 2007 fertig produziert und eingetütet waren. Die Schlusssequenz zeigt nämlich ein Bild von der in jenem Jahr in Heilbronn ermordeten Polizistin zusammen mit der Ankündigung neuer Streiche. Wie im Abspann jedes Films von „Paulchen Panther" verkündet die original Synchronstimme: „Heute ist nicht alle Tage. Wir kommen wieder, keine Frage." Die Ermittler folgern, dass die Tätergruppe damit wenigstens nach ihrem Auffliegen die Öffentlichkeit noch über ihre Taten unterrichten wollte. Ihre Taten nach dem Untertauchen Ende der neunziger Jahre: zwölf Banküberfälle, zehn Morde an Immigranten in der ganzen Bundesrepublik, ein Anschlag in der Keupstraße in Köln mit einer Nagelbombe und über zwanzig Verletzten…. Immer weitere Verdachtsmomente tauchen auf. Zu den Morden hatte es nie Bekennerschreiben gegeben. Der Film offenbart allerdings eindeutiges Täterwissen. Prof. Fabian Virchow, Rechtsextremismusexperte in Düsseldorf, hält es für durchaus typisch in der Neonazis-Szene, dass die Taten weder eingestanden noch begründet werden.

Spätestens seit der Verhaftung einer weiteren Person am Sonntag im niedersächsischen Lauenau steht fest, dass das „Trio Infernale" mindestens ein „Höllenquartett" gewesen ist. Der festgenommene Holger G. stammt ebenfalls in Jena und gehörte dort zum Thüringer Heimatschutz. Bei ihm handelt es sich um eine von zwölf Personen, die neben den drei später abgetauchten Nazis in Zusammenhang mit den Bombenanschlägen vernommen worden war. Passiert ist ihm nie etwas. In Niedersachsen soll er lose an die Kameradschaftsszene angebunden gewesen sein. Er soll bis in die jüngste Zeit Wohnmobile für das Trio angemietet und ihnen seinen Pass zur Verfügung gestellt haben. Verdächtig ist außerdem der Vermieter der Zwickauer Wohnung, der aus Johanngeorgenstadt stammt, ebenfalls der Kameradschaftsszene angehört haben soll und gegenüber der Wohnungsgesellschaft die Umbauverhandlungen für die Wohnung (Stahltür, schallschluckende Decke) geführt haben soll. Es ist mehr als fraglich, ob damit tatsächlich bereits die gesamte Zelle aufgeflogen ist. Für diese Vermutung spricht auch der Umstand, dass inzwischen in Hessen ein hauptberuflicher Schlapphut vom Dienst suspendiert worden ist. Er war bereits 2006 nach dem letzten der so genannten „Dönermorde" ins Zwielicht geraten. Er war zum Zeitpunkt der Tat am Tatort gewesen, hatte sich aber als einziger nicht als Zeuge zur Verfügung gestellt. In seiner Wohnung fand die Polizei damals ein Buch über Serienmorde.

Wieder einmal der Verfassungsschutz also. Die Verdachtsmomente gegen ihn häufen sich. Schon immer war es unerklärlich gewesen, wie die drei mittellosen jungen Leute damals spurlos abtauchen und über Jahre verschwinden konnten. Öffentlich wurde gar der Verdacht geäußert, Beate Zschäpe könne eine V-Frau gewesen sein. Andere hielten die in Jena gefundenen Bomben für eine Auftragsarbeit des Verfassungsschutzes. Mit ihnen habe, da die Zünder fehlten, ohnehin kein Schaden angerichtet werden können. Und dem thüringischen VS fehlten dringend Erfolgsmeldungen. Der Nachfolger des damaligen Präsidenten des Landesamtes mag nicht einmal ausschließen, dass sein Vorgänger möglicherweise die drei „auf eigene Rechnung" als V-Leute geführt habe.

Immer wieder der Verfassungsschutz. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Und wie im Freistaat Thüringen, so auch im Freistaat Sachsen. Dort hat man nicht nur über Jahre nicht registriert, dass die polizeilich Gesuchten in Zwickau saßen, sondern man hat auch nicht mitgekommen, dass das ehemalige Umfeld der drei unter anderem Namen fortexistiert und auch in Sachsen sehr aktiv ist. Wer die Internetadresse www.thueringerheimatschutz.de eingibt, landet automatisch auf der Seite des Freien Netzes Thüringen. Chef der heutigen Jenaer Sektion ist der gleiche Ralf Wohlleben, der Ende der neunziger Jahre den THS in Jena anführte. Auch in Zwickau besteht eine Gruppe des Freien Netzes. Überspitzt könnte man sagen, dass sich der THS von Thüringen nach Sachsen ausgeweitet hat. Das trifft auch für die Übernahme von Spitzenpositionen in der NPD zu.

Und warum sollte sich eigentlich der sächsische Verfassungsschutz anders verhalten als der in Thüringen? Er tut es jedenfalls nicht. Für ihn ist das Freie Netz, auf das zahlreiche Gewaltakte zurückgehen, lediglich ein „Internetportal". Ein Internetportal, das Punx den Schädel einschlägt. Ein Internetportal, das in der Fraktionsgeschäftsstelle der NPD im Landtag arbeitet. Das gibt es nur in Sachsen. Es steht also zu erwarten, dass die Geschichte eine unendliche werden dürfte.

Jean Cremet ■



Köln. Am 19. November möchte die selbst ernannte Bürgerbewegung Pro Köln in Kalk gegen das Autonome Zentrum demonstrieren. Damit auch diese „Bürgerdemo", wie sie es nennen, eine Blamage für Wiener und Co. wird, ruft das Bündnis gegen Pro Köln/NRW und das Bündnis »Schäl Sick gegen Rassismus« zu Gegenaktionen auf der Kalker Hauptstraße auf. Die Kundgebung beginnt am 19.11. ab 9 Uhr an der Kalker Hauptstraße bei Kalk-Kapelle. Mehr Infos unter: http://www.dazwischengehen.mobi

„Die selbst ernannte rechtsextreme ‚Bürgerbewegung' Pro Köln macht einen erneuten Anlauf, um sich als Anwalt des kleinen Mannes zu verkaufen. Sie mobilisiert für Samstag, den 19. November für einen Marsch durch Köln-Kalk, angeblich gegen das Autonome Zentrum. In Wirklichkeit will sie sich aber auch in Kalk mit ihrem rassistischen Programm profilieren. So hetzt Pro Köln schon seit Jahren gegen Moscheen, Homosexuelle, Andersdenkende, gegen MigrantInnen und überhaupt gegen alle, die nicht in ihr menschenfeindliches Weltbild passen.

In dem reißerischen Demonstrationsaufruf findet sich kein Wort zu dem eigentlichen Problem des Stadtteils: Die Mieten steigen und der Einzelhandel auf der Kalker Hauptstraße muss zugunsten eines Einkaufszentrums und von Ramschketten weichen. Kein Wort über Missstände in Wohnungen, die nicht behoben werden, kein Wort zu der hohen Arbeitslosigkeit in Kalk, kein Wort zu Kindern, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, kein Wort zu fehlenden Bolz-, Spielplätzen und Jugendeinrichtungen. Stattdessen maßlose Hetze gegen Gruppen in Kalk, die diese Probleme nicht verursacht haben. Der Aufruf ist durchsichtig genug: Die Pro-Leute stellen sich angeblich auf die Seite der ‚rechtschaffenen Bürger', die sich gegen die Schaffung eines ‚rechtsfreien Raums' wehren, von dem aus die Bevölkerung ‚terrorisiert' werde. Mit dem Hinweis auf ‚Linksextreme und Kriminelle mit Migrationshintergrund' versucht man abzusahnen und auch in Kalk die Bevölkerung rassistisch aufzuhetzen.

Wir werden dafür sorgen, dass dieser Versuch wieder einmal gründlich schief geht. Zeigen wir, dass wir auch in Kalk ein lebendiges, solidarisches Zusammenleben der Menschen vertreten und rechte Agitatoren nicht tolerieren.

Pro Köln hat angekündigt über die Kalker Hauptstraße bis zur Wiersbergstraße zu demonstrieren. Darum kommt am 19. November ab 9 Uhr alle auf die Kalker Hauptstraße, damit die Rassisten nicht durchkommen!"

Genauere Infos gibt es auf der Homepage *http://www.dazwischengehen.mobi/*

Neben dem „Bündnis gegen Pro Köln" wird auch das rechtsrheinische Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus" am 19. November nicht untätig sein. Dem Bündnis gehören unter Anderem die Kalker Grünen und Sozialdemokraten, DIE LINKE, die Geschichtswerkstatt Kalk, Pfarrer Meurer und verschiedene soziale Einrichtungen aus dem Veedel an.

Das Bündnis plant für den 19. November eine große und bunte Kundgebung. Auf dieser sollen nicht nur Vertreter der einzelnen Bündnispartner zu Wort kommen, sondern es soll auch einige Kulturbeiträge geben. Desweiteren sucht man momentan den Kontakt zu Kalker Geschäftsleuten, die sich den braunen Spuk in ihrem Stadtteil ebenfalls nicht gefallen lassen wollen.

Das Ziel ist also klar: Eine breite Mobilisierung von Kalker Bewohnerinnen und Bewohnern, die ein solidarisches Kalk ohne Pro Köln und Konsorten bewahren möchten.

Fraglich ist, wie sich die SPD verhalten wird. Momentan hält sie sich mit der Mobilisierung, beispielsweise auf der eigenen Webseite, noch zurück. Für sie dürfte der 19. November ein heikles Unterfangen werden. Einerseits ist die SPD gegen das AZ und dürfte sich damit schwer tun, dem offiziellen Motto der Pro Köln-Demo etwas entgegenzustellen. Andererseits sind sich die Sozialdemokraten sicherlich einig, dass sie Kalk nicht den Rassisten von Pro Köln überlassen wollen. Man kann also nur hoffen, dass die SPD Pro Köln durchschaut und ihre Mitglieder und WählerInnen dazu mobilisiert, am 19. November Flagge zu zeigen gegen die Hetze von Pro Köln.

Die Kundgebung beginnt am 19.11. ab 9 Uhr an der Kalker Hauptstraße bei Kalk-Kapelle. Das Programm beginnt dann ab 10 Uhr. *jk* ■



Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede

Demonstration am 17.12.2011

Seit Jahren finden in Eschede (zwischen Celle und Uelzen) auf einem Bauernhof Treffen von Neonazis unterschiedlichster Couleur statt. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern haben leider schon Tradition. Diese als Brauchtumsfeiern daherkommenden Treffen dienen



der norddeutschen Naziszene als sinnstiftende, Gemeinschaft fördernde Zusammenkünfte. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Termine und Aktionen abgestimmt, aber auch gefeiert. Das Ganze ist alles andere als harmlos. Die Ideologie der Nazis ist menschenverachtend und absolut nicht zu tolerieren. Auf diese Treffen nicht zu reagieren, kommt einem Tolerieren gleich. Dort, wo die Nazis ungestört sind, machen sie sich breit, sie nutzen die Möglichkeit, um neue junge Leute in ihre rechte Weltanschauung und ihr Nazilebensgefühl einzubinden. Durch regelmäßige gemeinsame Naziaktivitäten verfestigt sich die Szene. Wir wollen den Nazis deutlich zeigen, dass wir ihr Treiben nicht tolerieren!

Das Diakonische Werk Celle ruft ebenfalls zu der Demonstration auf: „Wir als Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus wollen den Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte unterstützen. Wir werden diesen Winter wieder gemeinsam eine Demonstration in Eschede anlässlich der sog. Wintersonnwendfeier durchführen."

Quelle: http://www.bunteshaus.de-Diakonisches Werk Celle ■

Gedenken an Edelweißpiraten

KÖLN. Am 10. Novemver 2011 fand zum wiederholten Mal ein Gedenken an die in den letzen Kriegstagen hingerichteten, antifaschistischen Edelweißpiraten in Köln-Ehrenfeld statt.

a. 200 Teilnehmer/innen zogen von der 1927 erbauten und 1938 in der Reichspogromnacht zerstörten Synagoge zu der Gedenkstätte an der Bartholomäus-Schink-Straße (früher Hüttenstraße). Am dortigen Bahnhof Ehrenfeld wurden am 10. November 1944 dreizehn jugendliche Antifaschisten vor hunderten Schulustigen gehenkt. Das jüngste Opfer war der 16-jährige Bartholomäus Schink.

NPD darf im Landtag weiter diffamieren

SACHSEN. Wie das Portal *publikative.org* berichtet, hat das Sächsische Verfassungsgericht in Leipzig einer Klage der beiden NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel und Holger Apfel stattgegeben. Das Gericht verwies in seiner Entscheidung auf das in der Landesverfassung Artikel 39 Absatz 3 garantierte Rederecht der Abgeordneten.

Im vergangenen Jahr hatte Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) auf Zwischenrufe und Aussagen der beiden rechten Politiker mit Ordnungsaufrufen reagiert. Zuvor hatten beide in einer Debatte zu Volksentscheiden von „Asylschmarotzern" und „Volksverrätern" gesprochen.

Der Verfassungsgerichtshof begründete seine Entscheidung der Klage stattzugeben damit, dass Holger Apfel „mit der polemischen Äußerung ‚Schmarotzer' auf eine seit längerem geführte öffentliche Debatte Bezug genommen" habe. Die Zwischenrufe Gansels bewertete das Gericht „als pointiert formulierte politische Stellungnahme [...] die überwiegende Rechte Dritter nicht verletzte".

Die Klage Apfels gegen einen Ordnungsaufruf, weil er in der Sitzung die Neutralität des zweiten Vizepräsidenten hinterfragt hatte, wies das Gericht „als Verletzung der parlamentarischen Ordnung" zurück.

Die Abgeordneten der NPD waren in der Vergangenheit bereits mehrfach in Landtagssitzungen negativ aufgefallen. So war Holger Apfel im gleichen Jahr nach mehreren antisemitischen Äußerungen durch das Präsidium des Landtags ausgeschlossen worden.

Die Sitzung am 17. Dezember war für den Fraktionsvorsitzenden der NPD die erste nach einer längeren parlamentarischen Zwangspause.

Alternative Dresden News
http://www.addn.me ■



NPD tagt in Neuruppin (Brandenburg)

Am 12./13.11. fand in Neuruppin der Bundesparteitag der NPD statt. Bereits ab dem frühen Samstagmorgen wurde gegen diese Neonazi-Veranstaltung protestiert. Direkt gegenüber dem NPD-Versammlungsort – dem städtischen Kulturzentrum „Stadtgarten" – wurde eine Gegenkundgebung abgehalten.

Die Stadt Neuruppin hatte bis zuletzt intensiv versucht, der NPD die Vermietung des „Stadtgartens" zu verweigern, scheiterte damit aber am Ende vor dem Berlin-Brandenburger Oberverwaltungsgericht. Die NPD wurde nach eigenen Angaben zuvor in bundesweit über 80 Orten bei ihren Anmietversuchen abgewiesen.

Die Gegenkundgebung vom Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt" am Samstag dauerte bis in die Abendstunden. Die Fluktuation war recht hoch; zu jedem Zeitpunkt nahmen trotz niedriger Temperaturen jedoch mindestens zwei Dutzend und höchstens etwa 80 Personen teil. Die eintreffenden NPD-Delegierten wurden mit Buh-Rufen, Stinkefingern und ähnlichen Gesten empfangen.

Anwesend waren etliche Landtags- und Bundestagsabgeordnete, der Neuruppiner Bürgermeister Jens-Peter Golde (Pro Ruppin), Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch (SPD) sowie Justizminister Volkmar Schöneburg (LINKE).



Zu dem NPD-Parteitag waren insgesamt rund 270 Delegierte eingeladen. Im Vorfeld wurde vielfach ein turbulenter Ablauf prognostiziert. Es wurde ein Kampf um den Posten des Parteivorsitzenden erwartet. Tatsächlich gelang es dem sächsischen Landtags-Fraktionschef Holger Apfel, die Wahl um den Parteivorsitz in einer Kampfabstimmung für sich zu entscheiden.

Der seit 1996 amtierende Udo Voigt erhielt nach Mitteilung der NPD nur 40 Prozent der Stimmen. Apfel gewann die Wahl mit einem Anteil von 60 Prozent.

Der Parteitag ist bereits die vierte größere Neonazi-Aktion in diesem Jahr in Neuruppin. Erst am vorherigen Wochenende wurde ein Rechtsrockkonzert von der Polizei aufgelöst. Eine Neonazidemonstration im Juli wurde durch eine Blockade verhindert.

Neben den „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland" gibt es seit diesem Jahr auch einen Ortsverband der NPD in Neuruppin.

http://inforiot.de ■

A.I.D.A.-Bericht

Ein Paukenschlag oder ein Schlag ins Wasser?

Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) sowie Mitglieder neonazistischer Kameradschaften führten am Samstag, 22. Oktober 2011, einen konspirativ geplanten und nicht öffentlich angekündigten „Aktionstag“ in München durch. „Ein Paukenschlag“, lobten sich die Neonazis in einem anschließend auf der BIA-Website erschienenen Artikel. Die Realität sah anders aus: a.i.d.a. hat die „zahlreichen Aktivistentrupps“ (O-Ton BIA) auf ihrem angeblichen „Erfolgskurs“ dokumentiert.

Ein „markanter Akzent“? Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ habe „erneut“ mit einer „konzentrischen Verteilaktion“ einen „markanten Akzent setzen“ können, heißt es auf der Homepage der lokalen NPD-Liste über ihren sogenannten „Aktionstag“ am Samstag, 22. Oktober 2011, in München. Dank „mehrerer tausend Themenflugblätter“, so ist zu lesen, hätte sich die BIA bei der „öffentlichkeitswirksamen Aktion“ mit „aktuellen Gegenwartsthemen im Bewußtsein der Öffentlichkeit“ verankern können. Dem BIA-Eigenbericht zufolge sei der Tag, Zitat, ein „weiterer Paukenschlag“ auf dem „Erfolgskurs“ der Münchner Neonazis gewesen. Was das von BIA-Stadtrat Karl Richter verantwortete Online-Portal im Nachhinein so euphorisch beschreibt, hatte mit dem tatsächlichen Geschehen nichts zu tun: Drei kleine Gruppen von Neonazis waren intern zu Verteilaktionen und Infoständen eingeteilt worden, wobei die Öffentlichkeit schlussendlich erfreulich wenig Notiz von der neonazistischen Propaganda nahm. Allerdings konnte sie auch nur wenig Notiz nehmen: Die Infostände der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ blieben weitgehend verwaist, die in einigen Straßenzügen unter die Scheibenwischer parkender PKWs gesteckten Flugblätter konnten vollständig von Nazigegner_innen wieder eingesammelt werden und die Durchführung eines BIA-Infotischs im Hasenbergl wurde gar durch antifaschistischen Protest verhindert.

Der erste „Aktivistentrupp“:

Sechs Neonazis, darunter der oberbayerische NPD-Bezirksvorsitzende Roland Wuttke, NPD-Infostand-Daueraktivist Volker Knetsch und mit Karl-Heinz Statzberger auch einer der führenden Neonazis des Kameradschaftsdachverbands „Freies Netz Süd“ (FNS), stellten sich kurz nach acht Uhr am Bahnhof Giesing auf. Mit dem ursprünglich von der NPD für diesen Tag bundesweit angekündigten – und dann ziemlich in der Versenkung verschwundenen – „Aktionstag ‚Raus aus dem Euro!‘“ hatte das Vorhaben in Giesing offensichtlich nichts zu tun. Die neonazistischen Aktivist_ innen hatten vielmehr das neue, rassistische BIA-Flugblatt „Mieten runter! ... und Münchner Wohnungen für Münchner Familien!“ dabei.

Damit versuchen die Münchner Neonazis einerseits, mit rassistischer Agitation an soziale Themen anzudocken, andererseits führen sie mit acht Jahren Verspätung auch eine Idee des als Rechtsterrorist verurteilten Neonazikaders Martin Wiese aus. Wiese hatte für Oktober 2003 einen solchen „Aktionstag“ der oberbayerischen Kameradschaften, NPD-Untergliederungen und des damaligen rechten Sammelbeckens „Demokratie direkt“ zum Thema „Wohnen“ geplant, aufgrund seiner Inhaftierung im September 2003 war die Kampagne jedoch ins Wasser gefallen.

Auch der jetzige „Aktionstag“ begann kaum besser: Um die frühe Uhrzeit kam überhaupt kein Laufpublikum am von der Neonazitruppe abgestellten Servierwägelchen mit den neuen Flugblättern der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ vorbei. Also verteilten vier der sechs Neonazis ein paar Flugblätter in der Umgebung, bevor die Standbesatzung zusammenpackte und sich zum Margarethenplatz in Sendling begab. Hier gab es jedoch ebenfalls so gut wie keine Resonanz auf die sogenannte „Infoaktion“.

Die Neonazis fuhren nun zum Einkaufszentrum „PEP“ nach Neuperlach. Nur wenige Minuten lang verteilten einige von ihnen ein paar Flugblätter der BIA vor dem Haupteingang, unter anderem ein neues Faltblatt („Keine Großmoschee in München!“) gegen das in München geplante „Zentrum für Islam in Europa“ (ZIE-M) sowie das Pamphlet „Genug ist genug – antideutsche Gewalt melden!“, welches offensichtlich noch von der Schulverteilung der Neonazis am 14. September 2011 übrig geblieben war.

Der zweite „Aktivistentrupp“:

Die zweite Kleingruppe begann ihre „Aktivitäten“ am Rosenheimer Platz. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Freising, Björn-Christopher Balbin (München) und der NPD-Landtagskandidat Christian Götz (Eichenau) stellten sich mit drei jüngeren Neonazis und einem kleinen Klapptisch reichlich lustlos hinter die Litfassäule an der Franziskaner Straße, wo praktisch kein Publikum am Stand vorbei kam. An ihr Tischchen lehnten die Neonazis – genauso wie in Giesing – drei Plakate (Kriminelle Ausländer Raus“ „Ordnung schaffen“), die noch aus dem Kommunalwahlkampf der BIA von 2008 („Liste 10“) stammten. Nur ganz vereinzelt (und meist vergeblich) bot ein Neonaziskin Passant_innen das neue BIA-Flugblatt an. In der Gegend rund um den Infotisch patrouillierte ein jüngeres Quartett, dem unter anderem die führenden Neonazi-Aktivisten Franz Sedlbauer („Kameradschaft München Nord“) und Michael Hutter (BIA, Ex-„Kameradschaft Miesbach“) angehörten. In den kleineren Straßen rund um den Rosenheimer Platz waren zu dieser Zeit über hundert neonazistische „Mieten runter!“-Flugblätter hinter die Scheibenwischer parkender Autos gesteckt worden. Antifaschist_innen konnten alle diese Flugblätter rasch vollständig einsammeln. Kurz vor halb zehn Uhr nahmen die Neonazis ihr Klapptischchen unter den Arm und begaben sich über die Franziskanerstraße runter in die Au. Vor der „Schweiger-Apotheke“ in der Schweigerstraße bauten sie ihren „Infostand“ wieder auf. Die Crew um Christian Götz und Björn-Christopher Balbin am Stand wurde schon nach kurzer Zeit von Franz Sedlbauer, Michael Hutter & Co. besucht und schließlich gesellte sich auch noch Christian Adams, führender Aktivist der Kameradschaft „Kraken München“ hinzu. Die benachbarte Bushaltestelle sorgte immerhin für einen etwas regeren Publikumsverkehr in der Umgebung des Infostands. Einige der dennoch wenigen Passant_innen, denen überhaupt ein Flugblatt mitgegeben wurde, entsorgten es jedoch schnell wieder im Abfallkorb der Bushaltestelle.

Am Mittag verlegten die Neonazis um Christian Götz, Björn-Christopher Balbin, Christian Adams, Michael Hutter und Franz Sedlbauer ihre „Info-Aktion“ auf den Willy- Brandt-Platz am Einkaufszen-

trum „Riem-Arcaden“ in der Messestadt-West. Völlig gelangweilt standen sie meist mit dem Rücken zu den Passant_innen. In zwei Stunden konnten sie so nur ganz vereinzelt Flugblätter an Passant_innen abgeben. Karl Richters BIA versuchte den völlig ausbleibenden Verteilerfolg im Münchner Osten im Nachhinein noch als „Präsenz zeigen“ schönzureden.

Der dritte „Aktivistentrupp“:

Die dritte Gruppe, die von Karl Richter persönlich angeführt wurde, traf am Samstag Morgen um kurz nach acht Uhr auf dem Parkplatz am U-Bahnhof Kieferngarten ein und baute dort einen kleinen Plastiktisch auf. Es kamen jedoch kaum Passant_innen am „Infostand“ der fünf Neonazis vorbei. In der Umgebung, unter anderem in der Zwirbel- und Schlossgartenstraße, verteilten Neonazis daher Flugblätter in Hausbriefkästen. Viele davon konnten durch Anwohner_innen und Antifaschist_ innen gleich wieder eingesammelt werden. Das Neonazi-Quintett zog nach einer guten Stunde in die Ungererstraße um. Doch auch hier gab es so gut wie keinen Kontakt zu Anwohner_ innen oder Passant_innen. Karl Richter und die jungen Neonazis unterhielten sich statt mit den „einheimischen Münchnern“ (O-Ton BIA) ersatzweise untereinander (...). Die „Mieten runter!“-Flugblätter wurden auch in der Umgebung des Infostands in der Ungererstraße verteilt. Hierbei halfen Stefan Willy Reiche und Dominik Baumann, die führenden Aktivisten der militanten oberbayerischen Neonazikameradschaft „Jagdstaffel D.S.T.“ Die hunderte u. a. in der Stengel-, Luxemburg-, Holland- und Barbenstraße ausgetragenen Zettel konnten von Anwohner_innen und Antifaschist_innen jedoch vollständig eingesammelt werden. Das antifaschistische Finale: Die Neonazis aus BIA, NPD und den Münchner Kameradschaften wollten ihre Propagandaaktivitäten ab Mittag im Stadtteil Hasenbergl fortsetzen.

Der angebliche „Paukenschlag“, den die BIA im Aktionsbericht beschrieben hat, war bis dahin ausgeblieben. Er sollte auch nicht mehr kommen. Beim letzten geplanten „Infostand“ vor dem „MIRA“-Einkaufszentrum an der Schleißheimer Straße sorgten dann vielmehr die spontan zusammengeströmten Antifaschistinnen und Antifaschisten für den Schlussakkord. Der heftige antifaschistische Protest am „MIRA“ machte die Fortsetzung der eigentlich bis 15.00 Uhr geplanten BIA-„Infoaktion“ unmöglich; Karl Richter und Co. packten ihre wenigen Sachen und machten sich schnell auf und davon. Wenig verwunderlich, dass diese Episode im neonazistischen „Erfolgsbericht“ auf der BIA-Homepage komplett fehlt.

www.aida-archiv.de, dort mit ausführlicher Bild-Dokumentation ■

Protest gegen NPD-Stadtrat bei erster Ratssitzung in Oldenburg

Am letzten Dienstag fand die konstituierende Sitzung des neuen Oldenburger Stadtrates in der Weser-Ems-Halle statt – bekanntlich inklusive Einzugs von Ulrich Eigenfeld als Mandatsträger der NPD. AntifaschistInnen hatten deshalb zu Protesten vor der Halle aufgerufen, was in den Medien zu diversen panischen Meldungen über zu befürchtende Ausschreitungen führte. Um es schon mal vorweg zu nehmen: so arg kam es dann doch nicht. Doch das selbstgesteckte Ziel einiger AntifaschistInnen, „Ulrich Eigenfeld und der NPD die 5 Jahre im Rat zur Hölle zu machen“, konnte bei dieser ersten Sitzung eindrucksvoll in die Tat umgesetzt werden.





Eine halbe Stunde vor Beginn der Ratssitzung hatte sich eine bunte Mischung von etwa 250 Menschen vor der Weser-Ems-Halle versammelt, um klarzumachen, dass FaschistInnen nicht mit Ignoranz, sondern mit der erhobenen Faust oder dem gestreckten Mittelfinger zu begegnen ist. Der Hauptadressat des antifaschistischen Protestes versuchte allerdings sich dieser „Begrüßung“ zu entziehen, indem er schon zwei Stunden vor Sitzungsbeginn in das Gebäude schlich. Dort verharrte Ulrich Eigenfeld dann stundenlang mit stoischem Gesichtsausdruck in dem menschenleeren Tagungssaal.

Während dessen lauschten die TeilnehmerInnen der Protestkundgebung – kritisch beäugt von mehreren Hundertschaften der Polizei – gutgelaunt und bestens versorgt mehreren Reden und der Oldenburger Aktion-Samba-Band. Um dem braunen Ratsherrn direkt vor Augen zu führen, dass er in Oldenburg kein Bein auf den Boden bekommen wird, entschloss sich ein Großteil der anwesenden AntifaschistInnen kurz vor Sitzungsbeginn die BesucherInnenplätze zu füllen – was zur Überraschung Vieler trotz eines massiv anwesenden Ordnungsdienstes ziemlich unproblematisch klappte. So waren es dann wohl über 150 Menschen, welche mit Transparenten, Pfiffen, Parolen und etwas Speichel jegliche Handlung Eigenfelds kommentierten. Und auch mehrere Ratsmitglieder zeigten während der Sitzung klare Kante. DIE LINKE und die Piratenpartei hielten Protestschilder hoch und die neue Fraktionsvorsitzende der LINKEN bekundete vom RednerInnenpult aus ihre Solidarität mit dem antifaschistischen Protest. Auch die beiden neuen stellvertretenden Bürgermeisterinnen von Grüne und SPD bezogen Position und begrüßten ausdrücklich nur „die Ratskolleginnen und –kollegen der wirklich demokratischen und antifaschistischen Parteien“. Eigenfeld selbst versuchte die ganze Szenerie mit einem manischen Grinsen zu überspielen – doch seine zitternden Hände sprachen da eine ganz andere Sprache.

Nach etwa einer halben Stunde entschlossen sich die DemonstrantInnen dann, die dröge Sitzung geschlossen zu verlassen und stattdessen noch eine kleine Demonstration in der Stadt durchzuführen. Nach anfänglichen Nervereien mit der Polizei konnte sich die Demo dann auch in Bewegung setzten und endete nach gut einer Stunde am autonomen Zentrum Alhambra, wo der Tag in gemütlicher Atmosphäre ausklang.

Für die nächste Sitzung des Stadtrates im Dezember, welche dann wieder am gewohnten Ort (PFL) stattfinden wird, wurden bereits erneute Proteste angekündigt – diesmal verbunden mit der Forderung nach der Abschaffung des rassistischen Gutscheinsystems für Flüchtlinge. Eigenfeld muss sich in diesem Winter wohl besonders warm anziehen…

ausführlicher Bericht auf http://regentied.blogsport.de/, 5.11.2011 ■

Paris: Brandanschlag auf die Satirezeitung ‚Charlie Hebdo' alias „Scharia Hebdo"

Neues Öl ins Feuer der ewigen „Islamdebatte"?

In der Nacht vom 1. zum 2. November 11 brannte in Paris die Redaktion der Satirezeitung Charlie Hebdo zu zwei Dritteln aus. Molotow-Cocktails waren in ihre Räume geworfen worden. Es handelte sich also um vorsätzliche Brandstiftung, die darauf abzielte, eine Publikation zu treffen, welche für ihren (in manchen Augen als „ätzend" geltenden) Stil bekannt ist.

Am folgenden Morgen erschien eine Aufsehen erregende Ausgabe der für ihren Antiklerikalismus und ihren Spott bekannten Zeitschrift, die unter dem Titel Charia Hebdo – also „Scharia-Wochenzeitung" – stand. Als deren „Chefredakteur auf Zeit" wurde, auf satirische Weise, der Prophet des Islam präsentiert.

Dass ein Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen bestehen könnte, ist sicherlich plausibel, jedoch bisher unbewiesen. Redakteure der Wochenzeitung selbst mutmaßten gegenüber *Le Figaro* vom Freitag (den 4. November 11), es könnte sich auch etwa um eine rechtsextreme Provokation handeln, um Reibungen zwischen den Bevölkerungsgruppen anzuheizen. Auch sprach der 44-jährige Chefredakteur „Charb", alias Stéphane Charbonnier, von der Möglichkeit, es handele sich vielleicht um die Tat von „Kapuzenpulliträgern aus einer Banlieue, die noch nie im Leben einen Koran in der Hand hatten". Also von Leuten, die sich vielleicht ganz gerne in das Gefühl hineinsteigern, ihre Religion sei „beleidigt worden", um über einen vermeintlichen Grund zu verfügen, wütend zu sein und es jemanden spüren zu lassen.

Bislang konnten die Urheber des Brandanschlags nicht identifiziert werden. Zeitungsberichte (vgl. ‚Libération' vom 4. November 11) sprechen davon, Anwohner hätten zur fraglichen Zeit zwei „afrikanische Männer" beobachtet. Bewiesen ist jedoch bislang nichts, und mit solchen „Augenzeugenberichten" muss man erfahrungsgemäß sehr vorsichtig sei, da sie oft auf ein vermeintlich „fremdes Aussehen" abstellen.

Auch ihre Webseite wurde gleichzeitig zum Objekt eines Hackerangriffs. Deren Urheber ist inzwischen bekannt, es handelt sich um eine Gruppe von in der Türkei lebenden jungen Hackern, welche unter dem Namen Akincilar auftritt. Einer von ihnen, der zwanzigjährige Ekber alias „Black Apple", bekannte sich unter einem Portraitphoto von ihm selbst gegenüber einer französischen Sonntagszeitung dazu. Er erklärte, seine Gruppe habe gegen eine Beleidigung des Propheten Mohammed agieren wollen. Gleichzeitig distanzierten sich Ekber und Akincilar jedoch von dem Brandanschlag: Sie verurteilten solche Methoden; ihrer bedienten sich „Leute, die sich der Religion zu ihren Zwecken bedienen".

Schiefe, ja politische dumme Scherze über Entwicklungen in Nordafrika

„Um die Wahlergebnisse in Tunesien und die Erklärung der Scharia zur Quelle der Gesetzgebung in Libyen zu begrüßen", so begründete es die Redaktion der Satirezeitung, hatte diese ihre wöchentliche Nummer vom 2. November 11 unter das Motto einer satirischen Darstellung der Scharia gestellt. Aus ihrer Sicht ging es darum, jene Leute zu warnen, die von „moderaten Islamisten" im Zusammenhang mit den nordafrikanischen Ländern sprächen. Um dem entgegen zu steuern, publizierte die Zeitung in ihrem Innenteil eine Doppelseite über „die weiche Scharia", so ihr sarkastischer Titel. Erwartungsgemäß geht es auch dort um die Verhüllung von Frauen, Züchtigungsstrafen und ähnliche Dinge.



Auf der Titelseite der Ausgabe sieht man eine Zeichnung eines angeblichen Mohammed, der die Zeitung mit den Worten ankündigt: „Wenn Ihr Euch nicht totlacht, gibt es (dafür) 100 Peitschenhiebe!"

Die anlassbezogene Entscheidung zu dem Titel ist zweifellos konstruiert und inhaltlich falsch. Denn der suggerierte Bezug u.a. auf den Wahlausgang in Tunesien ist ebenso in der Sache irrig. Die Wahlsiegerin, die tunesische Partei En-Nahdha („Wiedergeburt, Renaissance") ist jedenfalls nicht für die Einführung der Scharia gewählt worden – zumal sie ihren Wählerinnen und Wählern eben nicht diese versprochen hat, sondern im Gegenteil die Bewahrung der bestehenden Zivil- und Familiengesetze.

Die Einführung eines vorgeblichen Gottesstaates, wie etwa im Iran, ist jedenfalls in Tunesien nicht zu erwarten. Nicht etwa, weil die lokalen (moderaten) Islamisten so nett wären, über deren ideologischen Kernansatz soll keine Illusion herrschen – sondern weil die gesellschaftlichen Verhältnisse im Land dem absolut entgegen stehen.

Doch diese inhaltlich falsche Darstellung seitens von ‚Charlie Hebdo' war es wohl nicht, die die mutmaßlichen Urheber des Anschlags in Rage brachte. Wahrscheinlicher ist, dass sie sich darüber erzürnten, dass der Prophet des Islam erneut in einer Karikatur abgebildet und dadurch gegen das in einer orthodoxen Auslegung der Religion geltende Bilderverbot verstoßen wurde.

Rückblick auf die letzte Affäre ‚Charlie Hebdo versus Muslime'

Dieselbe Zeitung hatte tatsächlich bereits im Jahr 2006 die aus einer dänischen Zeitung, Jllands Posten, übernommenen und berühmt gewordenen Mohammed-Karikaturen in Frankreich abgedruckt. Dies löste einen Prozess aus, der im Februar 2007 stattfand und an dessen Ende Charlie Hebdo schließlich freigesprochen wurde. Vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd0407/t230407.html. Die Karikaturen waren damals u.a. umstritten, weil eine von ihnen Mohammed mit einem Turban in Form einer Bombe mit brennender Zündschnur darstellte. Dadurch, so viele Kritiker, werde eine unzulässige Parallele zwischen der Religion der Muslime als solchen und dem Terrorismus politischer Gruppen gezogen. Nicht dieses Argument diente den Klägern – konservativen muslimischen Vereinigungen – jedoch als Grundlage ihrer Rechtsbeschwerde, sondern der Vorwurf der Blasphemie, also „Gotteslästerung". Vor diesem Hintergrund konnte die Zeitung nur freigesprochen werden, weil der Straftatbestand der „Gotteslästerung" in Frankreich unter der Revolution 1791 definitiv abgeschafft worden war. Während des Prozesses hatte unter anderem auch der damalige Innenminister Nicolas Sarkozy durch einen Brief seine Solidarität für Charlie Hebdo erklärt, was den Anspruch der Zeitung, „subversiv" zu sein, zumindest stark relativierte. Klar war jedoch auch, dass das Grundanliegen der Satirezeitung, als sie damals die Karikaturen abdruckte, in ihrem Verständnis von Antiklerikalismus lag. Anders als die dänische Jllands Posten, die zuvor Karikaturen mit Bezug auf das Christentum wegen „drohender Verletzung religiöser Gefühle" abgelehnt hatte, hat Charlie Hebdo tatsächlich nie solche Rücksichtnahmen gekannt. Auch gegenüber christlichen Glaubenseinstellungen zeigte sie sich stets rückhaltlos satirisch.

Aber nun stieß die Zeitung offenbar auf Menschen, die an solcherlei subtilen Überlegungen wohl nicht interessiert sind, sondern bereit wegen der „Beleidigung ihrer Religion" rot zu sehen und rabiat zu werden. Und gründlich humorlos noch dazu. Es sei denn, es handelte sich um eine rechtsextreme oder sonstige Provokation, wie manche Beobachter (inklusive von Teilen der ‚Charlie'-Redaktion, vgl. oben!) zunächst vermuteten.

Ein schales Verständnis von „Subversiv"-Sein – doch keine erkennbar rassistische Absicht…

In ihrem Anspruch, besonders mutig und „subversiv" zu sein, kann man die Zeitung durchaus kritisieren, da ihr Ansatz – jedenfalls die Kritik am Islam betreffend – in der berühmten „Mitte der Gesellschaft" durchaus für sehr konformistische Kräfte anschlussfähig ist. Sicherlich ist es weniger die Absicht der Zeitung, wohl aber die Motivation vieler Empfänger/innen ihrer Message in der Gesellschaft, dass sie gerade deswegen lachen, weil es in ihren Augen die Hauptsache ist, dass nun mal irgendwie auf Muslimen (und d.h. de facto, überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund) herumgehackt wird oder zu werden scheint. Denn die Zeitung selbst würde sicherlich betonen, dass sie sich gar nicht über Moslems an und für sich lustig machen wolle, sondern „nur über Fundamentalisten" (und andere Strenggläubige).

Anders als einige Muslime – deren größere Verbände alle den Brandanschlag verurteilten, und gleichzeitig das Karikieren des islamischen Propheten kritisierten – und einzelne antirassistische Strömungen behaupten, hat Charlie Hebdo selbst sicherlich keine erkennbar rassistischen Motive. Handelt es sich doch um eine Zeitung, die gegenüber religiösen Gefühlen etwa auch der Katholiken als stärkster Religionsgemeinschaft in Frankreich mindestens ebenso „respektlos" aus Sicht der Gläubigen auftritt wie bei Muslimen. Dies gehört sogar zum langjährigen Markenzeichen der Wochenzeitung.

… Aber Applaus von Rassisten

Nichtsdestotrotz erhielt die Zeitung nunmehr echte, oder auch heuchlerische, Unterstützung von Leuten mit durchaus rassistischen Absichten. Etwa von Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National, die von einem „Anschlag auf den französischen Laizismus" sprach.

Auch der rechtskonservative Innenminister Claude Guéant – gegen den eine Strafanzeige wegen rassistischer Auslassungen läuft, er hatte „die komorische Community in Marseille" wörtlich als „Ursache von viel Kriminalität" bezeichnet – gehört dazu. Er stattete der verwüsteten Redaktion einen symbolischen „Solidaritätsbesuch" ab. Die satirische Fernsehsendung Guignols de l'info, die für ihre Politikerpuppen bekannt ist, ließ Claude Guéants Puppe in diesem Zusammenhang ausrufen: „Uns Franzosen ist ein Heiliger Krieg erklärt worden. Und wir werden ihn gewinnen!" Diese Satiredarstellung beruht auf einer Begebenheit im März 2011, als Guéant die französische Intervention in Libyen irrer- und irrigerweise wörtlich als „Kreuzzug" bezeichnete.

Ansonsten wurde Guéant auch – in der Sendung wie anderswo – vorgeworfen, von einem „Attentat" gesprochen zu haben, was die Brandstiftung bei Charlie Hebdo über Gebühr dramatisiere. Denn ein solcher Begriff werde normalerweise für Anschläge mit Toten oder Verletzten benutzt. Auch UMP-Parteivorsitzender Jean-François Copé sprach von einem „Attentat".

Doch Charlie Hebdo wehrte sich gegen die Vereinnahmungsversuche. Am Donnerstag, den 3. November 11 erschien eine vierseitige Karikaturenbeilage des Satireblatts zu der Tageszeitung *Libération*, welche derzeit die Redaktion von Charlie Hebdo in ihren Räumen beherbergt. Darin wird etwa die plötzliche Gefühlsaufwallung von Claude Guéant für die Meinungsfreiheit sarkastisch hinterfragt und darauf hingewiesen, dass es Guéant war, der 2010 mehrfach Journalisten illegal abhören ließ, um „lecke Stellen" in der Regierung aufzuspüren. Nicht alle Umarmungsversuche sind also willkommen.

Kritik an ‚Charlie Hebdo' aus antirassistischen Kreisen

In Teilen der antirassistischen Bewegung, oder an ihren Rändern, gibt es dennoch klare Vorbehalte gegenüber Charlie Hebdo. Daraus resultierte ein am 5. November 11 veröffentlichter Text unter dem Titel „Für die Verteidigung der Meinungsfreiheit, gegen eine Unterstützung für Charlie Hebdo". Seine insgesamt 20 Unterzeichner verurteilen deutlich die Brandstiftung, sprechen sich aber inhaltlich ganz klar gegen eine Solidarität mit der Zeitung aus. Ihnen zufolge ist Charlie Hebdo keine Plattform für eine unterdrückte Meinungsfreiheit, sondern für „eine weiße Elite, die die Muslime zu Toleranz ermahnt". Die Unterzeichner fordern, statt Charlie Hebdo sollten die Medien – mindestens eben so stark – den Angehörigen von Ion Salegean das Wort erteilen. Der rumänische Rom war Ende Oktober bei einem nächtlichen Brand im 20. Pariser Bezirk ums Leben gekommen. Dessen Ursache ist nicht genau geklärt, manche Bewohner des niedergebrannten besetzten Gebäudes sprechen jedoch von Individuen mit mutmaßlich rassistischen Motiven, die Molotow-Cocktails geworfen hätten. (Im juristischen Sinne bewiesen ist es bislang nicht.)

Zu der Petition: Ein Teil ihrer 20 Unterzeichner zählt zum Parti des indigènes de la République (PIR, „Partei der Eingeborenen der Republik"). Diese ursprünglich antirassistische Organisation gleitet seit Jahren in einen mindestens problematischen, ethnisierenden Differenzialismus und Kommunitarismus ab. Aber auch Autoren aus einem Teilbereich der antirassistischen Szene wie Saïd Bouamama unterschrieben.

Weitere Reaktionen von Rechts: ‚Riposte Laïque'

Anlässlich einer kleinen Solidaritätskundgebung aus dem linksliberalen Spektrum für die attackierte Wochenzeitung, die am 6. November 11 rund 250 Personen vor dem Pariser Rathaus zusammenbrachte, gab es Ärger um die Teilnahme von Vertretern der Internetpublikation ‚Riposte Laïque' (ungefähr: „Gegenschlag des Säkularismus"). Diese islamfeindliche Publikation wird von früheren Linken wie Pierre Cassen und Christine Tasin betrieben, die sich in den letzten Monaten und z.T. Jahren immer stärker an Marine Le Pen annäherten. Doch die Teilnahme ihrer Strömung war von vielen Anwesenden unerwünscht.

Ansonsten spuckt ‚Riposte Laïque' jedoch ohnehin seit Tagen Gift & Galle gegen die Zeitung ‚Charlie Hebdo', welcher sie vorwirft, angeblich nichts von der „islamischen Gefahr" begriffen zu haben – da die Satirezeitung in diesen Tagen stets betont, „nur die Fundamentalisten" und nicht die Moslems per se zu attackieren.

Am Mittwoch, den 9. November 11 erschien die neueste Ausgabe von ‚Charlie Hebdo' mit einem provokanten Titelbild. Auf diesem sieht man einen, ausweislich seiner Kopfbedeckung als wohl gläubiger Muslim zu erkennenden Mann – welcher mit einem Redakteur von ‚Charlie Hebdo' einen heftigen Zungenkuss austauscht. Ein satirisches Plädoyer für „die Liebe", welche stärker sei als der Hass.

Einerseits eine symbolische Absage an einen Hassdiskurs – und andererseits doch ein gewisser Stachel für Gläubige, denen (wie in allen monotheistischen Religionen) im Prinzip Homosexualität durch ihre Religionsvorschriften verboten wird.

Doch die Abendlandsverteidiger von ‚Riposte Laïque' ihrerseits zeigen sich da sehr humorfrei: In Ihren Augen, so ist es in der Internetpublikation nachzulesen, signalisiert das Titelblatt von ‚Charlie Hebdo' nämlich vor allem „den Willen zum Dhimmitum", zur „Unterwerfung unter den Islam" als mit Herrschaftsanspruch ausgestattete Religion. ‚Riposte Laïque' resümierte dieses Titelblatt hämisch wie folgt: „Islamos, fuckt uns!"

Bernhard Schmid, Paris ■

Stuttgart. Gemeinsames Gedenken am Donnerstag, 1. Dezember 2011. 18 Uhr am ehemaligen „Hotel Silber", Dorotheenstr. 10. Es rufen dazu auf: Stolperstein-Initiativen, Rosa-Winkel- (Erinnerungs)Arbeit der Weissenburg e.V.
20.15 Uhr am Zeichen der Erinnerung (Nordbahnhof) u.a. mit Minister Dr. Nils Schmid und OB Dr. Wolfgang Schuster. Es rufen auf: LH Stuttgart, Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg, Zeichen der Erinnerung e.V u.a. Hier aus dem Flyer der Weissenburg e.V.:

1. Dezember:
70. Jahrestag der Deportation der württembergischen Juden

„Am 25. Juli 2010 wurde im Café Weissenburg der Saal im ersten Obergeschoss nach Minni Wertheimer benannt. Im Rahmen der Verlegung der ersten zwei Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer in 2010 erfuhr der Weissenburg e.V., dass die von ihm gemieteten Räume einst in jüdischem Besitz und die letzte Eigentümerin Minni Wertheimer geb. Weil waren. Dank der Recherchen von Irmal Glaub, Stolpersteininitiative Stuttgart Süd ist bekannt, dass Minni Wertheim zu den tausend jüdischen Menschen gehörte, die am 1. Dezember 1941 nach Riga verschleppt wurden. Die meisten wurden in das KZ Riga-Jungfrenhof weitertransportiert, wo viele in Kälte und Not zugrunde gingen. Massenerschießungen folgten, so dass von den tausend von der Gestapo Stuttgart Verschleppten weniger als fünfzig das Kriegsende überlebten. Ob Minni Wertheimer bereits an den Entbehrungen gestorben ist und zu den Toten der am 26. März 1942 im nahe gelegenen Wald von Bikernieki durchgeführten Massenexekutionen gehört, ist nicht bekannt."



In dem Flyer wird auch auf die immer vorhandene Gefahr hingewiesen, dass rassistische und faschistische Strömungen in der Gesellschaft einen bedrohlichen Umfang annehmen. Zitat:

„Die Erkenntnis, dass es „schwer zu ertragen" ist, dass eine „Partei wie die NPD", welche „die Verbrechen der NS-Diktatur" verleugnet, „ihre menschenfeindliche und menschenverachtende Politik mit Steuergeldern finanziert", muss endlich Konsequenzen haben! Städtische Verbote von Neonaziaufmärschen werden zunehmend gerichtlich aufgehoben.

Antifaschistische Aktivitäten wie z. B. Versuche, die Naziaufmärsche am 1. Mai in Ulm oder Heilbronn durch Blockaden mit viel Zivilcourage zu verhindern, werden immer öfters in erschreckender Weise kriminalisiert und häufig mit Polizeigewalt verhindert. Gewerkschafter und Antifaschisten wurden von der Polizei in Ulm in 2009 zum Teil mehr als sechs (!) Stunden eingekesselt. Dieses rechtswidrige und für die Neonazis ermutigende Vorgehen der Polizei wurde am 1. Mai 2011 in Heilbronn wiederholt. Auch dort wurde engagierten Antifaschisten und Bürgern durch stundenlanges Einkesseln das Demonstrations- und Versammlungsrecht – im Gegensatz zu den Neonazis! – genommen.

Der Weissenburg e. V. unterstützt das Bündnis für Versammlungsfreiheit, das für ein fortschrittliches Versammlungsrecht auf antifaschistischer Grundlage eintritt (www.versammlungsrecht.de). Denn Neonaziaufmärsche sind kein Mittel der demokratischen Meinungsäußerung, sondern Aufrufe zu rassistischer, gewerkschafts-, behinderten- und schwulen-/lesbenfeindlicher Diskriminierung und Gewalt. Eine Gewöhnung an diese darf es nicht geben!" ■

Linke Antworten notwendig, sonst triumphiert die extreme Rechte

Wien. Die Vorgänge der letzten Wochen und Monate zeigen in aller Deutlichkeit: die Herrschenden sind unwillens und unfähig die – europäischen – Krisen zu meistern. Die Krisen werden vielmehr andauern, sich verstärken bzw. weiter auf dem Rücken der Massen abgeladen werden.

Die Linke ist unter Zugzwang, ihre Vostellungen von einem anderen Europa zu präsentieren, widrigenfalls wird die (extreme) Rechte triumphieren.

Der Murks, den die Herrschenden produzieren, könnte nicht schlimmer sein: „Hilfs"pakete für Griechenland, die den Strick um den Nacken der HellenInnen noch enger schnüren, Verteufelung der angesagten und unter massivstem Druck wieder abgesagten Volksabstimmung als „Gefährdung der Sanierung", Plädoyers für eine Regierung der „nationalen Einheit", um die GriechInnen noch mehr an die Kandare zu nehmen, und, und, und. Mittlerweile wurde auch Italien unter Kuratel (des IWF) gestellt.

Man/frau kann Gift drauf nehmen, dass sich diese Negativentwicklung fortsetzen wird. Weitere „Sparprogramme" werden kommen, noch mehr wird die bürgerliche Demokratie zusammengestutzt werden. Die einzige Chance dieser Spirale nach unten zu entkommen besteht darin, dass die Linke ihre internationalistischen Antworten auf die Krisen auf den Tisch legt. Heute geht es darum, der Chaos-EU der Konzerne und Generäle ein konkretes Gegenkonzept eines „Europa von unten", in Perpektive der „Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa" entgegenzustellen.

Schritte auf dem Weg dahin

Klar, dass solche Alternativen nicht am grünen Tisch, im Hinterkämmerlein gebastelt werden können. Sie müssen vielmehr aus den realen Bewegungen und Kämpfen erwachsen. Erste Schritte in diese Richtung könnten sein:

- Volle Solidarität mit dem Kampf der GriechInnen gegen die sog. „Rettungspakete". Radikales Schuldenstreichen ist angesagt!
- Aufzeigen der wirklichen Krisenursachen: historische Unterentwicklung des „Südens" Europas; wer profitierte von den bisherigen „Hilfen"?; enorme Kapitalflucht etc.; um so in der öffentlichen Debatte argumentativ die Oberhand zu gewinnen
- Vorbereitung einer gesamteuropäischen „Konferenz der Kämpfenden" (Syntagma-Platz, Puerta del Sol, Gewerkschaften, ökologische Bewegungen gegen den Klimawandel, Initiativen gegen den Demokratieabbau, antifaschistische Gruppierungen ...)
- die radikale Linke sollte der Motor von all dem sein und IHRE Vorstellungen in undogmatischer Form einbringen: Darlegen, dass die aktuelle Horror-Politik nicht auf „Versagen", also Unwissenheit und Dummheit zurückzuführen ist, sondern beinharten Klasseninteressen entspringt; dass mit Neokeynesianismus, den Krisen nicht wirklich beizukommen ist; dass nicht nationale Abschottung, also ein historisches Retour, sondern ein internationalistischer Blick nach vorne notwendig ist; dass letztlich über den Kapitalismus und die Nationalstaaterei hinauszudenken ist: dass in Europa das freiwillige Bündnis sozialistischer Staaten historisch auf der Tagesordnung steht – eigentlich schon seit dem Ende des Ersten Weltkriegs!

Hermann Dworczak ■

Zahl unbegleiteter Flüchtlingskinder steigt weiter an

Berlin. „Die Bundesregierung muss endlich Gesetze und Behördenpraxis im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen den Anforderungen der UN-Kinderrechtskonvention anpassen“, fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie hatte dazu Fragen an die Bundesregierung gerichtet. Zu den Antworten erklärt sie weiter:

„Nach den Angaben der Bundesregierung lag schon Ende September 2011 die Zahl der von der Bundespolizei aufgegriffenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mit 278 in etwa bei der Zahl, die für das gesamte letzte Jahr festgestellt wurde (281). Die Bundespolizei hat in 31 Fällen die Kinder zurückgeschoben, ohne das zuständige Jugendamt einzuschalten. Im vergangenen Jahr waren dies 21 Fälle.

Dies ist ein Verstoß gegen die Anforderungen aus der UN-Kinderrechtskonvention. Demnach soll das Kindeswohl Vorrang bei allem staatlichen Handeln haben. Alleinreisende Minderjährige haben ein Recht auf eine sorgsame und altersgerechte Betreuung und Hilfe, die sie von der Bundespolizei nicht erwarten können. Daraus folgt konkret, dass in jedem einzelnen Fall das Jugendamt eingeschaltet werden muss, um sich der Kinder anzunehmen und einen Vormund zu bestellen, der sich um asyl- und aufenthaltsrechtliche Fragen kümmert. Unbegleitete Flüchtlingskinder dürfen auch nicht in Haft genommen werden, wie es offenbar häufiger geschieht – auch wenn die Regierung hierzu keine genaueren Angaben machen kann.“

Der Bundesfachverband minderjährig unbegleitete Flüchtlinge bewertet die Antwort der Bundesregierung in einer Pressemitteilung ebenfalls sehr kritisch.

Die besorgniserregenden Zahlen wachsen an: Nach den Angaben der Bundesregierung war bis Ende September 2011 die Zahl der von der Bundespolizei aufgegriffenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter 16 Jahren mit 278 bereits in etwa so hoch wie im gesamten letzten Jahr (281). Zugleich lag die Zahl der Minderjährigen, die ohne Übergabe an die zuständigen Jugendämter zurückgewiesen oder zurückgeschoben wurden, mit insgesamt 34 bereits deutlich über der Zahl von 24 im gesamten Vorjahr. Die hohe und steigende Zahl der Aufgriffe an der französischen Grenze ist womöglich systematischen (freizügigkeitswidrigen!?) Kontrollen geschuldet.

Bereits dass eine verbindliche Dienstanweisung zum Umgang mit minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen bei Aufgriffen durch die Bundespolizei an Grenzen bzw. Flughäfen fehlt, ist ein Skandal – denn die durch die UN-Kinderrechtskonvention zwingend erforderliche vorrangige Beachtung des Kindeswohls lässt sich so nicht durchsetzen!

Dies zeigt die Praxis: Unbegleitete Flüchtlingskinder, zumeist aus Afghanistan, werden ohne vorherige Beteiligung und Inobhutnahme durch die Jugendämter zurückgewiesen und abgeschoben. Sie werden inhaftiert, ohne dass die Bundesregierung auch nur sagen könnte, wie oft und wie lange dies geschieht. Und zum Hohn der UN-Kinderrechtskonvention werden auch nur unter 16-jährige Flüchtlingskinder überhaupt statistisch erfasst! 17- bzw. 18-jährige Flüchtlingskinder gelten den bundesdeutschen Behörden und der Bundesregierung als „verfahrensmündig“ und insofern „erwachsen“… Eine besondere Sorgfaltspflicht sieht die Bundesregierung offenkundig nicht bzw. allenfalls als hohles Lippenbekenntnis.

Aus den Angaben der Bundesregierung zur von der LINKEN regelmäßig erfragten ergänzenden Asylstatistik lässt sich schließen, dass die Zahl der aufgegriffenen bzw. zurückgeschobenen minderjährigen Flüchtlinge in Wahrheit vermutlich etwa viermal so groß ist – wenn 16- bis 18-jährige Flüchtlingskinder mit berücksichtigt werden (vgl. BT-Drs. 17/4627 zu Frage 6): 2010 gab es knapp 2000 unbegleitete minderjährige Asylsuchende, 535 von ihnen waren unter 16 Jahre alt, 1413 hingegen zwischen 16 und 18 Jahre alt!

Die Bundesregierung und das FDP-geführte Justizministerium sehen unverändert keinerlei Handlungsbedarf für die Bundesebene – ungeachtet dieser Zahlen und ungeachtet zahlreicher rechtlicher Gutachten und Initiativen, die dies begründet anders sehen (vgl. Antwort auf Frage 11 der Kleinen Anfrage!).

Die Kleine Anfrage und die Antworten darauf stehen zum download bereit auf: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=2062

Ulla Jelpke, MdB ■

Neue Bleiberechtsdebatte: aktuelle Initiativen im Bundestag

1) Bleiberecht: DIE LINKE. und die Grünen fordern mit zwei zeitgleich eingereichten Anträgen eine neue Bleiberechtsregelung, die stichtagsunabhängig und großzügig ausgestaltet sein soll – damit werden die außerparlamentarischen Initiativen für ein neues Bleiberecht ins Parlament getragen. Diese Anträge wurden am 27.10.2011 in erster Lesung debattiert. Es ist gut, dass es inzwischen eine nahezu einheitliche Positionierung von LINKEN und Grünen zu dieser Frage gibt, nachdem die Grünen sich anfangs der letzten Wahlperiode noch für eine einmalige Stichtagsregelung eingesetzt hatten (BT-Drs. 16/218). DIE LINKE hat die Bundesregierung vorsorglich auch dazu aufgefordert, sich im Rahmen der bevorstehenden Innenministerkonferenz für eine Regelung einzusetzen, die eine Abschiebung von Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ im nächsten Jahr verhindert. Zudem fordert DIE LINKE gesetzliche Änderungen, damit Kettenduldungen erst gar nicht entstehen (Änderung des § 25 Abs. 5 AufenthG).

Wie dem Redebeitrag von Helmut Brandt von der CDU/CSU-Fraktion zu entnehmen ist, ist nach derzeitigem Stand keine gesetzliche Regelung seitens der Koalition zu erwarten (auch Hartfrid Wolff von der FDP hat außer den bekannten Hetzparolen und blumigen Worten einer „Willkommenskultur“ nichts zu bieten). Umso wichtiger wäre es, den Druck auf die Länder zu erhöhen (insbesondere in Hinblick auf die IMK)!

2) Abschiebungshaft: Ebenfalls zeitgleich reichten LINKE und Grüne parlamentarische Anfragen an die Bundesregierung zur Situation in den Abschiebehaftanstalten und zur Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie ein. Da Informationen hierzu nur auf Länderebene verfügbar sind, wählten beide Fraktionen das parlamentarische Instrument einer „Großen Anfrage“, bei dem die Bundesregierung Auskünfte der Bundesländer einholen kann. Die Fragen nach den Kerndaten des Abschiebehaftvollzugs ähneln sich in beiden Initiativen. Die Anfrage der LINKEN geht allerdings weitaus ausführlicher auf kritische Aspekte der Richtlinienumsetzung und auf die europäische Rechtsprechung ein. Eine Antwort der Bundesregierung ist erfahrungsgemäß erst in drei bis neun Monaten zu erwarten.

Quelle: www.linksfraktion.de - Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Asylbewerber sollen Bargeld statt Gutscheine erhalten

Niedersachsen. Die Auszahlung von Bargeld an Asylbewerberinnen und Asylbewerber ist mit dem Asylbewerberleistungsgesetz vereinbar. Das stellt das Sozialministerium mit einem neuen Runderlass jetzt noch einmal klar, der Mitte November im Amtsblatt veröffentlicht wird. Sozialminister Günter Baaske: „Alle Kreise und kreisfreien Städte, die Geld an Asylbewerber auszahlen, handeln rechtskonform. Ich wünsche mir sogar ausdrücklich, dass in ganz Brandenburg Bargeld grundsätzlich den Vorrang erhält. Denn das veraltete Gutscheinsystem ist für die Betroffenen in der Regel völlig ungeeignet, zu teuer und auch diskriminierend.“ Asylbewerber, die bereits länger als vier Jahre in Deutschland sind und in einer eigenen Wohnung leben, erhalten in der Regel Bargeld. Baaske: „Hier gibt es nur einen sehr eingeschränkten Ermes-

sensspielraum. Ein abweichendes Verwaltungshandeln kommt nur in ganz besonderen Ausnahmesituationen in Frage."

Er weist zugleich darauf hin, dass auch Bewerber, die kürzer in Deutschland sind oder in Gemeinschaftsunterkünften leben, Barleistungen erhalten können. Diese Entscheidung obliege dem Kreis oder der kreisfreien Stadt. In Brandenburg zahlen mittlerweile fast alle Landkreise und kreisfreien Städte an Asylbewerber Geldleistungen aus. Baaske: „Die Rechtslage hat sich nicht verändert, aber mit dem neuen Runderlass schaffen wir zusätzliche Rechtssicherheit."

Baaske weiter: „Die Praxis hat eindeutig gezeigt, dass es viele Umstände gibt, die für Bargeld sprechen. Das Gutscheinsystem ist für die Verwaltung in der Regel aufwändiger. Den Asylbewerbern steht zum Einlösen der Gutscheine oft nur eine kleine Anzahl an Läden zur Verfügung, die nicht immer leicht erreichbar sind. Auf die Gutscheine kann nicht immer Wechselgeld herausgegeben werden und damit geht Geld verloren. Das alles sind gute Gründe, die eine Auszahlung von Geld im Sinne des Asylbewerberleistungsgesetzes rechtfertigen."

Unabhängig davon müsse das Asylbewerberleistungsgesetz dringend vom Bund überarbeitet werden. Baaske: „Vor allem die Regelsätze, die noch aus dem Jahr 1993 stammen, gehören endlich auf dem Prüfstand. Darüber hinaus müssen endlich auch Bildungs- und Teilhabeleistungen für die Kinder von Asylbewerberinnen und -bewerbern im Gesetz verankert werden".

Quelle: Pressemitteilung Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie - Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Abschiebung der vietnamesischen Familie Nguyen nach 19-jährigem Aufenthalt

HANNOVER. Am 8. November 2011 ist die vietnamesische Flüchtlingsfamilie Tuong und Sang Nguyen aus Hoya mit ihren beiden in Deutschland geborenen Kindern, Esther und Andre, um drei Uhr morgens von der Polizei aus dem Schlaf gerissen und zur Abschiebung nach Frankfurt am Main gebracht worden. Schon einmal, im Jahr 2006, stand eine Abschiebung kurz bevor. Damals rettete sich die Familie jedoch rechtzeitig ins Kirchenasyl der Martin-Luther Gemeinde.

Empörend ist, dass die Abschiebung der Familie Nguyen überfallartig und ohne vorherige Ankündigung im Morgengrauen erfolgte. Dieser Umgang der örtlichen Ausländerbehörde mit Menschen, die 19 Jahre lang in Deutschland gelebt haben und nun nicht einmal die Chance hatten, sich von ihren Freunden zu verabschieden, ist menschenunwürdig und inakzeptabel. Die Abschiebung der Familie Nguyen zeugt erneut und auf entsetzliche Weise von der Gnadenlosigkeit der niedersächsischen Flüchtlingspolitik, die nie bereit ist, irgendwann einmal einen Schlussstrich zu ziehen und nach jahrzehntelangem Aufenthalt eine humanitäre Entscheidung für ein Aufenthaltsrecht zu treffen. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie die Politik der niedersächsischen Landesregierung, die den Ausländerbehörden – anders als andere Landesregierungen – nicht das Recht einräumt, über die Erteilung eines Aufenthaltsrechts nach Ermessen zu entscheiden.

Dabei wäre eine andere Politik möglich: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat mehrfach entschieden, dass eine Abschiebung jedenfalls dann nicht erfolgen darf, wenn die Betroffenen in Deutschland integriert und verwurzelt sind und die Abschiebung daher im Ergebnis einer zweiten Vertreibung gleich käme. In vielen Bundesländern wurde den Ausländerbehörden unter Bezugnahme auf diese Rechtsprechung die Möglichkeit eingeräumt, eine Aufenthaltserlaubnis unter Hinweis auf die Unzumutbarkeit einer Rückkehr zu erteilen. Niedersachsen bleibt jedoch weiterhin bei seiner Linie, dass jede Abschiebung durchgesetzt werden muss, sofern sie technisch möglich und rechtlich zulässig ist.

Das Vietnam-Zentrum-Hannover schreibt zu der Abschiebung: „Über die Abschiebung der Familie Nguyen aus Hoya (LK Nienburg) sind wir (das Vietnam-Zentrum-Hannover und die Niedersachsens Vietnamesen) sehr betroffen.

Wir sind fassungslos, dass die Abschiebung der Familie ohne vorherige Ankündigung im Morgengrauen erfolgte und ohne Gelegenheit, sich von ihren Freunden zu verabschieden. Diese Flüchtlingspolitik lässt keinen Raum für Menschlichkeit und Humanität an die Menschen, die gut integriert sind und Jahre lang in Deutschland gelebt haben."

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 11.11.2011 ■

Roma-Abschiebungen aus Hamburg!

Hamburg. Erneut wurden Roma-Familien aus Hamburg abgeschoben. Am 26.10. das Ehepaar Sakipovic und am 3.11. die Familie Memetovic – eine Familie mit 2 schulpflichtigen Kindern. In beiden Fällen ist ein Mitglied der Familie schwer erkrankt, in einem Fall so schwer, dass ohne ärztliche Behandlung wenig Überlebenschancen bestehen. Dass die Abschiebeprozedur jeweils im Beisein eines Arztes durchgeführt wurde, kann schwerlich als humanitäre Handlung verstanden werden: Die Familien erwarten in den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens – in diesen beiden Fällen Serbien – notdürftige Unterkünfte, die im anstehenden Winter kaum Schutz bieten, Diskriminierung, Ausgrenzung, mangelnde Gesundheitsversorgung, Aussetzung des Schulbesuchs und – nicht selten auch polizeiliche – Gewalt. Die am 3.11. abgeschobene Familie war die erste von 11 Familien, für die das Flüchtlingsrat Hamburg Petitionen eingereicht hatte.

Hermann Hardt vom Flüchtlingsrat Hamburg und dem Roma-UnterstützerInnenkreis meint: „Es darf nicht sein, dass Menschen – trotz Krankheit und trotz der bevorstehenden Wintermonate – in elende und für Viele tödliche Lebensverhältnisse abgeschoben werden! Es darf nicht sein, dass 66 Jahre nach dem Genozid des deutschen NS-Faschismus an einer halben Million Roma und Sinti wieder Roma von hier in Tod und Elend abgeschoben werden! Der SPD-Senat hat offenbar jedes Gespür für Humanität und Mitmenschlichkeit und für die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands verloren. Wir fordern als ersten Schritt die Aussetzung der Abschiebungen in den Wintermonaten und weiterhin ein Bleiberecht für die von Abschiebung bedrohten Roma!" *Adrienne*

Quelle: Presseerklärungen v. 26.10. u. 3.11.11 des Flüchtlingsrats Hamburg ■

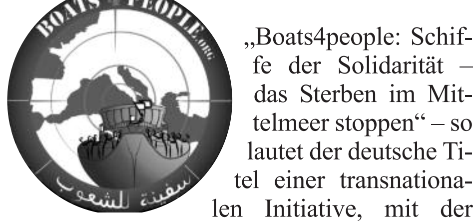


Demonstration 2011: Bleiberecht für ALLE!

In Deutschland leben immer noch knapp 90000 geduldete Flüchtlinge, davon 53000 seit mehr als sechs Jahren, und einige Hunderttausend ohne jeglichen Aufenthaltsstatus mit ständiger Angst vor der Abschiebung. Zusätzlich droht am Ende des Jahres ca. 15000 Bleibeberechtigten, die alle schon mehr als zehn Jahre in Deutschland leben, der Rückfall in die Duldung und damit die Abschiebung – Betroffen davon sind v.a. Familien mit vielen Kindern, Alte und Kranke, die ihren Lebensunterhalt nicht (mehr) ohne Hilfe sichern können. Trotz der Bleiberechtsregelungen der Innenministerkonferenz 2006 und zwei gesetzlichen Regelungen existiert die „Kettenduldung" immer noch: Obwohl viele geduldete Flüchtlinge seit mehreren Jahren in Deutschland leben und ihre Kinder hier aufwachsen, droht ihnen die Abschiebung. Besorgniserregend sind insbesondere die Sammelabschiebungen von Roma in den Kosovo, obwohl diese Menschen zum Teil schon seit 20 Jahren in Deutschland leben. Um gegen diese entwürdigenden Zustände zu kämpfen und endlich eine Bleiberechtsregelung rufen Jugendliche ohne Grenzen (JoG) in Wiesbaden anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) zu einer Demonstration auf am 7.12., 17 Uhr. Unter dem Motto „Wir sind gekommen, um nicht nur zu bleiben, sondern auch mitzugestalten!" findet vom 7. – 10. Dezember 2011 eine Jugendkonferenz statt, am 8.12.2011 wird der „Abschiebeminister 2011" gewählt.

http://konferenz.jogspace.net

Bootsaktion gegen Frontex



„Boats4people: Schiffe der Solidarität – das Sterben im Mittelmeer stoppen“ – so lautet der deutsche Titel einer transnationalen Initiative, mit der Gruppen aus Europa und Nordafrika die dramatische Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen zwischen Libyen/Tunesien und Malta/Italien verstärkt zum öffentlichen Thema machen wollen. Im April 2012 sollen Boote von Italien nach Tunesien aufbrechen, um ein Monitoring zwischen der libysch-tunesischen Küste und den Inseln Lampedusa und Malta einzuleiten, Öffentlichkeit über die Vorgänge auf dem Meer herzustellen und alles zu tun, um eine Rettung Betroffener im Notfall sicherzustellen. Am 18. Dezember 2011, dem internationalen Tag der Rechte der Migrantinnen, soll durch möglichst viele dezentrale Aktionen boats4people als euroafrikanisches Projekt breiter bekannt gemacht werden.

Europäische Regierungen lehnen die Aufnahme von Flüchtlingen rigoros ab. Aussagen von Überlebenden häufen sich, dass die Rettung von Bootsflüchtlingen bewusst verweigert und deren Tod offensichtlich in Kauf genommen wird. Seit Jahresbeginn 2011 starben im Mittelmeer mindestens 2000 Menschen. Die EU setzt auf Abschreckung und verstärkt den Druck auf die (Übergangs-)Regierungen der nordafrikanischen Länder, ihre Küsten in Kooperation mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex lückenlos zu kontrollieren und boat people zurückzunehmen – egal, von wo sie kommen und wie sehr z. B. Länder wie Tunesien mit der Aufnahme von etwa einer halben Million Libyen-Flüchtlingen überlastet sind. Diese erbarmungslose Politik öffentlich anzuprangern, soll eine der Aufgaben der Bootsinitiative boats4people sein.

Doch die Aktion unter Beteiligung politisch-kultureller Prominenz soll nicht nur mediale Wellen schlagen, sondern offensiv die Re-Installierung eines vorverlagerten Wachhund-Regimes zumindest stören. Die Aktion steht auch im Zusammenhang mit dem Ende Mai 2011 zusammen mit medico international und Pro Asyl veröffentlichten Aufruf „Voices from Choucha: Fluchtwege öffnen – Flüchtlinge aufnehmen“. Er wurde inzwischen von über 2000 Menschen unterzeichnet.

Boats4people hat mittlerweile ein transnationales Vorbereitungskomitee. Aus mehreren europäischen wie auch afrikanischen Ländern wird Unterstützung und Beteiligung signalisiert, in Deutschland hat sich eine Kontaktgruppe aus verschiedenen Netzwerken gebildet. Benötigt werden vor allem finanzielle Mittel. Zudem wird eine breite und prominente Unterstützung gesucht. Wer genauere und aktuelle Informationen erhalten oder auf lokaler, bundesweiter oder auch internationaler Ebene mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei der folgenden Adresse:**choucha-appell@antira.info**

Weitere Informationen unter: http://www.afrique-europe-interact.net/ und auf der internationalen Website: http://www.boats4 people.org. Auf dieser Webseite findet sich das neue internationale Konto, gleichzeitig können wir auch eine Überweisungsmöglichkeit für Spenden in Deutschland anbieten: Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration aus Berlin (http://www.ffm-berlin.de) stellt ihr Konto unter dem Stichwort „Boats4-People“ zur Verfügung und wird die eingehenden Gelder nach Paris zum Koordinationsbüro weiterleiten: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration-Berlin, Sparkasse der Stadt Berlin, Kto.-Nr.: 61 00 24 264, BLZ: 100 500 00, Stichwort „Boats4People“

Quelle: http://www.boats4people.org ■

Pressekonferenz vor dem Lager Bramsche-Hesepe

In den letzten Monaten kam es in der 20 Kilometer von Osnabrück entfernten Landesaufnahmebehörde Bramsche-Hesepe vermehrt zu Protesten: Das Lager ist mit schätzungsweise über 600 Bewohnern völlig überfüllt. Bis zu 6 Flüchtlinge leben in einem Zimmer, die geringen 1-Euro-Arbeitsmöglichkeiten im Lager wurden im September gekürzt und immer weniger Bewohner_innen erhalten einen Transfer in Privatwohnungen. Um auf die Situation aufmerksam zu machen, wurde am 22. September 2011 von den Flüchtlingen ein offener Brief an Vertreter der Öffentlichkeit mit zentralen Forderungen versandt: Dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen, Aufhebung der Residenzpflicht und das Recht auf angemessen bezahlte Arbeit. Zudem luden die Flüchtlinge zu einer Pressekonferenz am 8.11.2011 ein.

Alle Bewohner_innen des Lagers beziehen reduzierte Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, erhalten zumeist keine Arbeitserlaubnis und dürfen aufgrund der Residenzpflicht den Landkreis Osnabrück nicht verlassen. Die Gemeinschaftsunterkunft wird von den Bewohner_innen als totales Isolationssystem empfunden, da alle zentralen Institutionen wie Kantine, Ausländerbehörde, Sozialamt, Krankenstation, Kindergarten und eine Schule für Kinder bis zu 12 Jahren auf dem Gelände untergebracht sind. „Viele von uns sind jahrelang in diesem Lager hinter Stacheldraht isoliert von der Gesellschaft“, so Billy Y. von der Elfenbeinküste. In mehreren Protestaktionen in den vergangenen Jahren haben die Flüchtlinge des Lagers auf die unzumutbaren Lebensbedingungen aufmerksam gemacht. Bisher gab es von Seiten der Lagerleitung jedoch kein Entgegenkommen. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen berichtet über die Pressekonferenz:

„Rund 40 BewohnerInnen des Lagers Bramsche-Hesepe haben sich am 8.11.2011 zu einer spontanen Demonstration zusammengefunden, um die MedienvertreterInnen und UnterstützerInnen, die zur Pressekonferenz gekommen waren, zu begrüßen. Mit Rufen wie „Das Lager muss weg!“ und „Wir wollen Freiheit“ haben sie ihre Forderungen zum Ausdruck gebracht. Anschließend machte der Sprecher der LagerbewohnerInnen, Billy Y., in der Pressekonferenz sehr pointiert und klar die Probleme der Flüchtlinge und ihre Forderungen deutlich. Billy Y. beschrieb, in welcher Isolation und Fremdbestimmung die Asylsuchenden in dem Lager leben und wie ihnen jegliche Möglichkeit einer Zukunftsperspektive genommen wird, wenn sie zum Nichtstun verdammt sind und nicht arbeiten dürfen oder nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde. Billy Y., der selbst seit ca. 16 Monaten im Lager Bramsche-Hesepe lebt und auf eine Entscheidung in seinem Asylverfahren wartet, beschrieb, dass der Alltag der Menschen im Lager nur aus Schlafen und Essen in der Kantine besteht. Das Essen sei schlecht und eintönig, und auch die Gesundheitsversorgung ist nach Billys Aussagen katastrophal, da gegen alle Krankheiten nur Paracetamol verabreicht werde. Überweisungen an Fachärzte geschähen so gut wie gar nicht. Viele Flüchtlinge seien durch die Lebensbedingungen psychisch belastet.

Erfreulich groß war das Echo bei den Medien. Neben lokalen Zeitungen waren regionale und überregionale Radiosender sowie das Lokalfernsehen und NDR-Fernsehen anwesend. Im Bericht des NDR kommt auch der Lagerleiter, Herr Bramm, zu Wort. In seinem Statement stellt er die absurde und mittlerweile reichlich überstrapazierte Behauptung auf, „politische Organisationen“ würden die Flüchtlinge instrumentalisieren. Dass die BewohnerInnen aus eigenem Antrieb protestieren, weil sie die Situation unerträglich finden, scheint ihm nicht in den Sinn zu kommen, obwohl es seit dem Bestehen des Lagers immer wieder Proteste gibt, die von den Flüchtlingen selbst ausgehen.“

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Ischinger-Bauer-Connection:

Hochschulverpflichtung für das Militär Bundeswehr-Klausel statt Zivilklausel

Wenn es nach der baden-württembergischen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) geht, ist es unterstützenswert, wenn die Hochschulen Forschung und Lehre friedlichen Zwecken widmen, sie sollen aber gleichzeitig für das Militär forschen können. Am 2. November hatte sie anlässlich ihres Besuch der Uni Tübingen erklärt: „Ich halte es für legitim und richtig, wenn unsere Hochschulen Forschung zu sicherheitsrelevanten Fragen betreiben, die sich im Rahmen demokratisch legitimierter Bundeswehreinsätze stellen".

Die Uni Tübingen verfolgt die gleiche perfide Absicht, Hochschultätigkeit für das Militär als vereinbar mit dem „friedlichen Zweck" auszulegen. Die Ende 2009 für die Grundordnung beschlossene Zivilklausel wurde im Herbst 2010 rechtskräftig. Kurz danach wurde der Kriegsbefürworter und Chef der Nato-Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor bestellt. Militärforschung für Auslandseinsätze mit Minidrohnen und medizinische Immunisierung von Soldaten gegen Chemiewaffen wird als verträglich mit der Zivilklausel angesehen.

Damit wird die geforderte Friedensbindung als Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Hochschule pervertiert. Das ist gleichbedeutend mit einer Umsetzung der regierungsamtlichen CDU-Militärpolitik für den Hochschulbereich.

Theresia Bauer ist die erste Ministerin einer Rot-Grünen Landesregierung, die die Indienstnahme der Hochschulen für die Bundeswehr offen propagiert. Im Gegensatz dazu heißt es im Grünen-Landtagswahlprogramm: „Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen." Das konnte nur als Absage an militärische Zwecke verstanden werden. In diesem Sinne hatte Frau Bauer kurz vor der Landtagswahl zusammen mit dem jetzigen Ministerpräsidenten und dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und weiteren 450 Persönlichkeiten des In- und Auslands das Präsidium des Karlsruher Instituts für Technologie KIT und dessen Gründungssenat aufgefordert, „dem Antrag der Studierenden der Uni Karlsruhe zur Aufnahme der Zivilklausel in die KIT-Grundsatzung ‚Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen' [Text Tübinger Zivilklausel] zuzustimmen." Bereits zwei Monate nach der Landtagswahl hatte Frau Bauer in einem Interview überraschend erklärt: „In der Hochschulpolitik waren wir Grünen meist näher an den Schwarzen als an der SPD". Und genau das hat sie anlässlich ihres Besuchs in Karlsruhe beim KIT demonstriert, indem sie sich gegen eine KIT-Zivilklausel aussprach. Einen Offenen Brief zum Antikriegstag mit der Erinnerung an die Wahlversprechen, unterzeichnet von zwanzig Studierendenvertretungen und Friedensgruppen und vierzig Hochschulangehörigen und Personen der Friedensbewegung fand sie keiner Antwort wert.

Wenn von Theresia Bauer in Stuttgart und Wolfgang Ischinger in Tübingen/München Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Hochschulforschung dafür als Friedenspolitik und für KIT Karlsruhe die Unterordnung als Autonomie deklariert werden, dann beginnt jetzt Orwell 1984 „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke". Das gilt es zu erkennen und den Widerstand zu verstärken. Beide haben jedenfalls in verantwortlichen Positionen für Hochschulen, die dem Frieden, dem Allgemeinwohl und der Verständigung zwischen den Völkern dienen sollen, nichts zu suchen. Der eklatante Bruch eines Wahlversprechens muss die Ablösung der Ministerin zur Folge haben, ebenso wie die Ischinger-Bestellung rückgängig zu machen ist.

Die Zivilklausel gehört in das KIT-Gesetz und in das Landeshochschulgesetz. Bestehende Zivilklauseln, in Baden-Württemberg für die Unis Tübingen und Konstanz, gilt es zu schützen.

Dietrich Schulze ■

Dr.-Ing. Dietrich Schulze war von 1966– 2005 im Kernforschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord) tätig, anfangs als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hochenergiephysik-Projekten und später als Betriebsratsvorsitzender. Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. www.natwiss.de und arbeitet in der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten.

Keine Sonderrechte fürs Militär

Die Jugend über ihre Rechte informieren

Die Bundeswehr wird verkleinert. Wird sie es wirklich? Zumindest wird ihr Etat nicht verkleinert, denn: Es sollen tausende Soldaten und Beamte freigesetzt werden. Mit Steuergeldern wird ihnen der Abschied versüßt. Frühpensionierungen ohne Abschläge und enorme Übergangsgelder – bis 100 000 Euro steuerfrei – werden vom Geld der Bürger gezahlt. Arbeiter, Angestellte müssen bis 67 Jahre arbeiten, verlieren auch ihre Arbeitsstelle und landen vielfach bei Hartz IV. Eine neue Gerechtigkeitslücke tut sich auf.

Die großzügigen Regelungen für die ausscheidenden Soldaten und Offiziere sollen nicht nur dazu dienen, Überzählige zum vorzeitigen Abschied zu bewegen. Sie sollen auch ermöglichen, dieselben Personen, so sie noch nicht 60 Jahre alt sind, schnell wieder als Reservisten zurückzuholen. Wer wie de Maiziére ständig 10 000 Männer und Frauen für das kriegerische Handwerk und weitere für den Einsatz in der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Innern bereitstellen möchte, braucht auch die Reservisten. Die Gefahr, die von der Bundeswehr ausgeht, mit Waffen eine mörderische Außenpolitik – und möglicherweise auch Innenpolitik – zu betreiben, wird durch diese sog. Reform nicht kleiner.

Es wird zudem in den Medien nicht berichtet, dass sämtliche 18-jährigen Männer und Frauen von der Bundeswehr beworben werden und dass die Städte und Gemeinden die dafür notwendigen Daten und Anschriften bereitstellen, obwohl jede und jeder sich gegen die Weitergabe seiner Daten ans Militär wehren darf.

In dieser Angelegenheit wurde ein „Verbesserungsvorschlag" gemacht, und die Stadt Dortmund wie auch Aachen hat ihn angenommen. Auf der Internetseite des Meldeamtes der Stadt Dortmund z. B. (www.domap.de) finden nun all jene, die in einem Alter sind, das man bis zum 1. Juli „Wehrpflichtigenalter" nannte, unter dem Stichwort „Wehrdienst" oder auch „Widerspruch" eine wichtige Information nebst anhängendem Vordruck. Die heimliche Zusammenarbeit der Stadt mit dem Militär in Erfassungsfragen kann beendet werden. Gleich ob männliche oder weibliche Jugendliche, sie können dem Meldeamt die Weitergabe ihrer persönlichen Daten untersagen. Schnell und komfortabel online – es kann natürlich aber auch per Post ans Meldeamt geschrieben werden.

Zusätzlich wurde vorgeschlagen, ein Schreiben aufzusetzen und über die Schulen zu verteilen, um so die jungen Leute, die 18 Jahre alt werden, über ihre Rechte zu informieren. Dies könne die Kommunalverwaltung aus „Neutralitätsgründen" nicht umsetzen, wird dazu mitgeteilt. *VVN-BdA NRW* ■

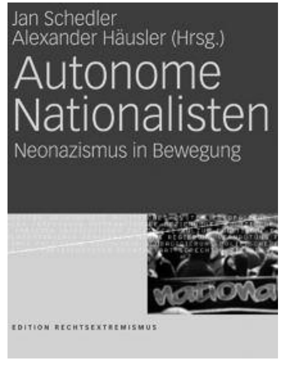
Ein Musterschreiben findet sich auf der Seite der VVN-BdA NRW: http://www.nrw.vvn-bda.de/

Buchbesprechung „Autonome Nationalisten“

„Autonome Nationalisten – Neonazismus in Bewegung“: Dieser Band der Edition Rechtsextremismus im VS Verlag untersucht in einer Reihe von Beiträgen eine neue Generation von Neofaschisten. Der Titel ist sicherlich nicht zufällig angelehnt an die „Bewegung“, wie der aufkommende Nationalsozialismus vor 1933 vielfach auch genannt wurde.

Die Aufsätze befassen sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Beschreibung und Analyse, mit dem Aufkommen und der Entwicklung, mit regionalen und personell bedingten Sonderheiten einer Strömung im Spektrum des Neofaschismus, die sowohl im bürgerlichen Lager, aber auch bei den Linken zum Teil bis heute für erhebliche Irritation sorgt. Im Outfit betont antibürgerlich, angelehnt an das Auftreten der Autonomen Linken sorgten sie zunächst in Berlin, später auch bei den Mai-Kundgebungen des DGB in Hamburg, Dortmund und anderswo für Aufsehen.

Mit ihrer Brutalität im öffentlichen wie privaten Auftreten nehmen sie bewusst Bezug auf den historischen Faschismus. Gleichzeitig werden die von parteigebundenen wie auch weitgehend bisher von sogenannten Freien Kräften geforderten, sich an gut bürgerlichen Umgangsformen orientierenden und disziplinierten Verhaltensmuster auch im privaten und familiären Bereich ignoriert. Bisher mehr oder weniger vorgegebene Stilrichtungen in Musik oder Alltagskultur werden zu Gunsten einer gewissen Beliebigkeit aufgegeben, was bei Teilen aktionsorientierter, politisierter Jugendlicher zu einer erheblichen Sogwirkung geführt hat. Andererseits führte das aber auch zu Konflikten mit Teilen des herkömmlichen Spektrums wie auch zu inneren Widersprüchen von Anspruch und gelebter Realität.



Die Wissenschaftler und Journalisten, die in diesem Band das Phänomen Autonome Nationalisten (AN) untersuchen, verzichten auf die Trennung zwischen rein wissenschaftlich-abstrakter Analyse und konkreter alltagsnaher Beschreibung. Das macht das Buch leichter lesbar, ohne auf Einzel- und Besonderheiten zu verzichten: Umfassend werden hier Herausbildung, Entwicklung und Wirkungsmächtigkeit der AN analysiert. Inszenierungspraxen, Selbstbild und Weltanschauung werden ebenso untersucht wie das Verhältnis zur NPD, aber auch die Lebenswelt der Akteure.

Bei der Fülle der Beiträge sind andererseits einige Wiederholungen wohl nicht zu vermeiden. Auch wäre es der Lesbarkeit dienlich gewesen, wenn die in einigen Artikeln gehäuft auftretenden Rechtschreib- und Grammatikfehler dem Lektor zum Opfer gefallen wären. Der inhaltlichen Qualität der Aufsätze tut das aber keinen Abbruch! *rb*

Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.) (2011): „Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung“. VS Verlag Wiesbaden, 328 Seiten, 34,95 Euro

Ferdinand Krogmann: Worpswede im Dritten Reich 1933 - 1945

Auch in Worpswede, der wohl bekanntesten deutschen Künstlerkolonie, saßen die Nationalsozialisten fest im Sattel. Ortsgruppenleiter Ferdinand Stolte tat mit den über 300 Parteigenossen alles, „damit man in der Welt einmal von dem neuen, dem nationalsozialistischen Worpswede“ spricht. Wie es sich präsentierte und wie die Künstler bei seiner Gestaltung mithalfen, ist ebenso zentrales Thema des Buches von Ferdinand Krogmann wie die Pläne des Propagandaministeriums und der Gauleitung von Ost-Hannover, Worpswede zum Kulturzentrum des gesamten niederdeutschen Raumes sowie zum Mittelpunkt niederdeutscher Heimatkunst aufzubauen.

Der Autor hat neben den Archiven die wichtigsten Presseorgane ausgewertet und die Rolle von Worpsweder Künstlern und Schriftstellern ebenso beachtet wie die der Handwerker, Bauern, Gewerbetreibenden, Händler, Lehrer, Pastoren sowie der Verbände und Vereine. Persönlichkeiten aus anderen Orten sind ebenfalls einbezogen, sofern sie mit Worpswede oder mit dort lebenden Künstlern und Schriftstellern eng verbunden waren. Zahlreiche Abbildungen dokumentieren, wie sich Worpswede mit dem „Leben unter dem Hakenkreuz“ einrichtete, was man sich von ihm erhoffte und wie man sich von ihm leiten ließ. Dabei sind vor allem jene Bekanntgaben, Bilder und Ankündigungen berücksichtigt, die zeigen, wie vielfältig der Alltag und für jedermann sichtbar von NS-Vorstellungen durchsetzt gewesen ist.



Ferdinand Krogmann, Jg. 1948, Studium der Geschichte und Politik in Bonn und Freiburg i. Br., bis 1994 Studienrat für Geschichte, Politik und Wirtschaft in Bergisch-Gladbach und Bonn, seit 1995 als freier Journalist tätig, lebt seit 2007 in Bremen-Vegesack. Veröffentlichungen u.a. zur Kolonialmedizin, zur US-amerikanischen Kurdenpolitik sowie über Erwin Wortelkamp, Rainer Maria Rilke, Salman Rushdie, Volker Schlöndorff und Richard Wagner, Waldemar Augustiny – „Schöngeist“ unterm Hakenkreuz – Ein Beitrag zur niederdeutschen Heimatbewegung im Nationalsozialismus (2005), Mitverfasser des Buches „Landschaft, Licht und niederdeutscher Mythos – Die Worpsweder Kunst und der Nationalsozialismus“ (2000).

Am Dienstag, 22. November um 19.30 Uhr wird das Buch in der Buchhandlung Leuwer, Am Wall 171 in Bremen vorgestellt. Ferdinand Krogmann wird Texte aus seinem neuen Buch lesen und stellt es in einem Lichtbildervortrag vor.

www.donat-verlag.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Links blinken, rechts abbiegen

Dass ZUERST! sich selbst als „deutsches Nachrichtenmagazin" charakterisierendes Nachfolgeorgan von „Nation & Europa", im zweiten Jahr seines Erscheinens unter der Ägide seines neuen Chefredakteurs MANUEL OCHSENREITER deutlich nach rechts gerückt ist, merken ständige Leser(innen) sofort. War man im ersten Jahr und unter der Leitung von Dr. GÜNTHER DESCHNER noch um, zumindest äußerliche Seriosität bemüht, werden seit dem Stabwechsel in der Chefredaktion mittlerweile auch offen neofaschistische Positionen vertreten – und das nicht nur zwischen den Zeilen. Einem Leserbrief von RÜDIGER SCHÜTTE aus Bad Bevensen ist zu entnehmen, das die alten N&E-Leser(innen) damit glücklich sind: „Als ‚alter' Nation & Europa-Leser war ich zunächst etwas mißtrauischer ZUERST! gegenüber. Aber jetzt muß ich sagen: Jede Ausgabe wird besser! Natürlich ist das Interesse unterschiedlich – doch Herr Ochsenreiter schafft es als Chefredakteur ein fundiertes und trotzdem aktuelles Monats-Magazin zu erstellen".

Im Titelthema des Magazins geht es diesmal um „Geschlossene Gesellschaft (en)". Wer sich darunter nichts vorzustellen weiß und auch das Titelbild, ein gut bewachtes großes Gebäude vor einer Hochgebirgskulisse mit einem Mann, der dem Betrachter abwehrend die Hand entgegenstreckt, nicht zu dechiffrieren weiß, bekommt im Untertitel erklärt, um was es geht: „Bilderberger, Atlantik-Brücke & Co.: Öffentlichkeit unerwünscht". Prinzipiell ist das Thema für die Rechte nicht neu, kursieren dort doch bereits seit Jahrzehnten Schriften, die sich mit den Bilderbergern, der Trilateralen Kommission und ähnlichen Vereinigungen beschäftigen und ihnen unterstellen, eine geheime Weltregierung zu sein. Neu daran ist allerdings, dass das unter Zuhilfenahme eines eher linken Vokabulars geschieht.

Mit ROBERT DIEHL, BERNHARD RADTKE, DORIAN REHWALDT und MARKUS SCHWERDTFEGER stammt die Titelgeschichte wie meist bei ZUERST! von mehreren Autoren. „In elitären Clubs und auf nicht-öffentlichen Treffen bastelt die globale Macht- und Geldelite an einer Welt nach ihren Vorstellungen. Demokratie und Transparenz müssen leider draußen bleiben...". Die Verfasser finden nichts dabei, neben seriös-bürgerlichen Zeitungen auch die linke Tageszeitung Junge Welt zu zitieren: „Als Säulen einer ‚geheimen Weltregierung' betrachten sie die einen, als höchst diskrete ‚Konsensschmiede der Mächtigen' (Junge Welt) die anderen". Und ach sonst, gibt man sich im Beitrag „Geschlossene Gesellschaft" zumindest sprachlich eher links: „Es gibt kaum eine vergleichbare Gelegenheit, so viele Spitzenvertreter globaler Konzerne auf einem Fleck zu treffen", heißt es über jährliche Treffen des World Economic Forum im Schweizer Kurort Davos.

Auch die Münchener Sicherheitskonferenz, gegen die alljährlich linke Gruppen und Friedensbewegte demonstrieren, wird kritisch gesehen: „...rund 3.400 Polizisten waren diesmal im Einsatz, um das elitäre Treffen zu schützen, überdies leisteten 330 Bundeswehrsoldaten Hilfsdienste für den Veranstalter. Dabei handelt es sich bei der 1962 als ‚Wehrkundetagung' gegründeten Konferenz um eine private Veranstaltung, die von Unternehmen wie der Linde AG, BMW und Barclays gesponsert wird. Nach altem Brauch darf sich auch der Steuerzahler zwar nicht an der Konferenz, aber an den Kosten beteiligen....". Danach geht es um die „Bilderberger", die „Atlantik-Brücke" (einem elitären Club einflussreicher Personen aus Politik und Wirtschaft zur Pflege der deutsch-US-amerikanischen Beziehungen), das Berliner Aspen-Institut und den European Council on Foreign Relations, alles Vereinigungen, die den Einfluss der US-Konzerne und ihrer Regierung in Europa bzw. Deutschland vertreten. Auffällig dabei ist, dass auf die bekannten rechten Parolen im Beitrag weitgehend verzichtet wird. Zwar ist mal von nationalen Interessen die Rede oder es wird darauf hingewiesen, dass der Gründer der „Atlantik-Brücke" „Eric M. Warburg, Sproß einer alten Hamburger Bankiers-Dynastie, als US-Offizier nach Deutschland zurück kam, aus dem er 1938 ins amerikanische Exil gegangen war", der Eingeweihte weiß also, dass Warburg nach Nazi-Maßstäben Jude war, aber die üblicherweise erwarteten Textbausteine und Argumentationsmuster fehlen. Es könnte der Verdacht aufkommen, dass es mit solchen, in einer eher linken Diktion verfassten Beiträgen, um eine Querfrontstrategie geht.

Auch im Interview mit MARTON GYÖNGYÖSI, dem außenpolitischen Sprecher der faschistischen ungarischen Partei Jobbik, klingen ähnliche Töne an: „Ich würde JOBBIK nicht einmal als rechts bezeichnen. … Weil die Probleme und Fragestellungen, denen wir heute begegnen, viel neuer sind als jene Begriffe (rechts und links - tri). Sie passen einfach heute nicht mehr. Wenn Sie einen Blick in unser Parteiprogramm werfen, finden sie sowohl linke als auch rechte Programmatik. … In den meisten wirtschaftlichen Fragen nehmen wir eher einen linken als einen rechten Standpunkt ein".

Dieser Standpunkt sieht dann beispielsweise so aus: „Nicht nur in Ungarn, sondern überall sonst in Europa stehen die Massenmedien unter dem Einfluss linker und linksliberaler politischer Kräfte. Die Zeitungen schreiben pausenlos über Demokratie, Toleranz, Meinungsfreiheit und all diese liberalen Werte, aber Tatsache ist, daß das alles nur Lippenbekenntnisse sind. … Ich verstehe natürlich, daß Österreich, Deutschland, Belgien und die skandinavischen Staaten ein großes Problem mit der Einwanderung haben – und weiß, daß die Einwanderer vor allem Muslime sind. Ich verstehe auch, daß die Rechtsparteien dieser Staaten dies als eine große Gefahr wahrnehmen und daher nach internationalen Bündnispartnern suchen. Daher erschließt sich mir auch, weshalb man dann vor allem nach Israel reist. Aber wir Ungarn haben ein ganz anderes Problem: Wir haben keine muslimische Einwanderung, dafür nehmen wir aber die israelische Einflußnahme auf unsere Politik wahr. … Es ist völlig klar, daß Israel über die EU auch politischen Einfluß auf Ungarn ausübt. Und das geht mit der ökonomischen Kolonialisierung einher, zu der Peres aufgerufen hat".

Die „Protokolle der Weisen von Zion" fehlten bei den Geheimgesellschaften – der Jobbik-Sprecher präsentiert dafür etwas ähnliches. Wir sollten uns die nächsten Ausgaben von ZUERST! genau anschauen, ob die Versuche, mit „linkem" Vokabular zu punkten, in den nächsten Ausgaben weitergehen. *tri* ■